

# Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

**11**  
**2009**

4,- €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

## KRANKENVERSICHERUNG

Was wird aus  
GKV und PKV?

## RECHTSTIPP

Unternehmer-  
Testament

## POLITIK

Wie geht es  
weiter in Berlin?



**FÖRDERTÖPFE PRALL GEFÜLLT**

**Umweltfreundliche  
TECHNOLOGIEN**

Fujitsu empfiehlt Windows Vista® Business

# INNOVATION. MADE IN GERMANY.



HEINRICH GEISSLER,  
ERFINDER DER LEUCHTSTOFFRÖHRE, 1857

## DER ERSTE 0-WATT-PC

Der neue ESPRIMO P7935 Professional PC ist weltweit der erste PC, der im Standby-Modus KEINEN Strom verbraucht (0,0 Watt). Ausgestattet mit z.B. Intel® Core™2 Quad Prozessoren bietet er neben der 0-Watt-Funktion eine Vielzahl weiterer innovativer und umweltschonender Technologien, die Ihnen helfen, bares Geld zu sparen.

Fujitsu ist weltweit drittgrößter Anbieter von umfassenden IT-Infrastrukturen. Bei Entwicklung und Produktion setzt Fujitsu international auf „Made in Germany“. So wurde die Verantwortung für strategische Produktbereiche wie x86-basierte Server, Stagesysteme und die Entwicklung innovativer Umwelttechnologien in Deutschland konzentriert. Fujitsu ist ein kundenorientiertes IT-Unternehmen, das flexibel und anpassungsfähig auf alle Anforderungen reagiert. Fujitsu bietet Unternehmen aller Größenklassen qualitativ hochwertige Produkte, Lösungen und Services für die IT-Infrastruktur, die auf weltweit führenden High-Performance-Informationstechnologien basieren.

**Mehr Informationen unter <http://de.ts.fujitsu.com> oder 01805 372 100 (14 ct/Min.)**

Intel, Core Inside, Intel Core sowie das Intel Inside Logo sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern.



## DAS SCHWARZ-GELBE PROJEKT VERDIEN T UNSERE UNTERSTÜTZUNG



**Dr. Josef Schlarmann**, Bundesvorsitzender der MIT, ist in Hamburg als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt tätig

„Angela Merkel verwaltet jetzt nolens volens die Dienstgeschäfte der SPD. Guido Westerwelle wird sich darüber freuen und der CDU aufschwätzen wollen, sich in eine Art rechte SPD zu verwandeln.

Dann könnte die FDP die bisherigen Stammwähler der Union aus dem Mittelstand – Handwerker, Rechtsanwälte, Selbstständige – dauerhaft übernehmen.“ So beschreibt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung das gegenwärtige Szenario.

*Ich denke jedoch, genau das sollte nicht geschehen. Vielmehr muss die Union ihre früheren Wähler, die am 27. September in Millionenzahl die FDP gewählt haben, unbedingt zurückgewinnen. Die Grundlagen dafür werden in diesen Wochen und Monaten gelegt, und sie haben weniger mit Steuergeschenken, aber sehr viel mit Reformbereitschaft zu tun. Wir haben in den vergangenen vier Jahren innerhalb der Union eine Stärkung des sozialpolitischen Flügels erlebt. Wertkonservative, liberale und marktorientierte Elemente unserer Politik sind in den Hintergrund getreten. Leipzig war einmal.*

*Das muss sich jetzt ändern: Die Zeit ist da für eine moderne, bürgerliche Politik, mit Vorrang für Wachstum und Beschäftigung, für eine Ökologie mit Augenmaß, für eine pragmatische, von ideologischem Ballast befreite Wirtschafts- und Sozialpolitik.*

*Vielleicht ist es sogar gut, dass die Koalitionsverhandlungen in ihrem Ergebnis eher unverbindlich blieben. Schließlich lässt sich das Regierungshandeln nicht über vier Jahre im Detail planen. Da kann und muss sich die Wende in der täglichen Politik mani-*

*festieren, da müssen sich Union und FDP in ihrem Reformwillen Tag für Tag aufs Neue bewähren. Deutschland braucht einen Modernisierungsschub für die nächsten vier Jahre.*

*Die allgemeine Richtung, in die sich die schwarz-gelbe Koalition bewegen wird, ist jedenfalls festgelegt. Sie verdient unsere Unterstützung. Dabei wird es wohl so sein, dass die FDP die Union im marktwirtschaftlichen Sinne kräftig nach vorn zieht, es aber allein nicht schaffen wird. Die MIT muss dabei intern kräftig mit anschieben – sozusagen ein „push and pull“.*

*Die Zeit der schwarz-roten wirtschafts- und ordnungspolitischen Finsternis ist Gott sei Dank zu Ende. Das schwarz-gelbe Projekt ist gestartet. Das, was wir bisher wissen, spricht für Solidität und Verlässlichkeit. Für den Mittelstand ist es die Wunsch- vielleicht sogar eine Traumkonstellation. Unsere Unterstützung hat diese Regierung, entsprechend hoch sind unsere Erwartungen. „Wir haben die Kraft“, diesen Slogan hat die Union im Wahlkampf plakatiert. Nun erwarten wir, dass sie diese auch einsetzt.*

# InterCityHotel

## Einchecken zum Wohlfühlen!

Wir geben Ihnen 31 gute Gründe die Koffer zu packen: Genießen Sie Wohlfühlatmosphäre, tollen Service und die verkehrsgünstige Lage der InterCityHotels und das alles zu günstigen Sonderkonditionen. Wir freuen uns auf Sie!



**Nachlass  
10 % Rabatt  
auf den tagesaktuellen  
Bestpreis**

**Exklusive Vorteile  
für die Mitglieder  
der MIT**

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen  
Kreisverband der MIT unter  
[www.mit-virtuell.de](http://www.mit-virtuell.de).

## Die Seite-4-Karikatur



„KEINE AUFREGUNG, ER MEINT DIE SPD...!“

### Weisheiten

Am besten frage nur, wer dann die Antwort auch ertragen kann.

Die wirklich wesentlichen Fragen sind in der Regel echte Plagen.

Auf eine unverblühte Frage ist die Antwort meistens vage.

Antworten gab es eher selten auf die Fragen, die wir stellten.

Nicht selten können Fragen zeigen, was die Antworten verschweigen.

### Bosheiten

Berater raten gern und viel. Für sie steht auch nichts auf dem Spiel.

Dem Rat von Fremden lauscht man still, um dann zu machen, was man will.

Er ließ es sich sehr hoch vergüten, still dazusitzen und zu brüten.

Berater sind mir nicht geheuer: Auch schlechter Rat ist manchmal teuer!

Am besten urteilt sich's nach Kant mit dem eigenen Verstand.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

# Deutschland baut auf den Mittelstand. Der Mittelstand baut auf uns.

Sparkassen: Deutschlands Mittelstandsfinanzierer Nr. 1.\*



Als kompetenter Finanzpartner sorgen die Sparkassen für einen starken Mittelstand. Ob Existenzgründung, Firmenverkauf oder Kapital für Innovation oder Expansion: Mit unseren ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen stehen wir jedem Unternehmer professionell zur Seite. Mehr Informationen bei Ihrem Firmenkundenbetreuer und unter [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de).  
**Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

\*Laut Marktanteil von Sparkassen und Landesbanken bei Krediten an Unternehmen und Selbstständige, abgeleitet aus Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Beiheft Reihe 1, Monatsbericht 01/2009.





Foto: Bernd M. Hoffmann

## Fatmata geht auf Sendung

**Fatmata Sesay, ehemalige Kindersoldatin in Sierra Leone**

„Brot für die Welt“ hat Kindern geholfen, die unter dem Krieg gelitten haben und Kindersoldaten waren. Ich war eine von ihnen, konnte nicht mehr sprechen, habe mich geschämt. Ich dachte, ich sei nichts wert. Keiner wollte mich aufnehmen. Dank „Brot für die Welt“ konnte ich wieder in die Schule gehen und arbeite jetzt beim Radio.

Mit Ihrer Unterstützung können wir Menschen wie Fatmata helfen.

# Brot für die Welt

[www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)

Postbank Köln 500 500 500  
BLZ 570 100 50  
Postfach 10 11 42 70010 Stuttgart

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/ORT \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Allgemeine Infos von „Brot für die Welt“  
 Abonnement E-Mail Newsletter



## POLITIK

### 3 Editorial

Mit-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann kommentiert den Ausgang der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP

### 4 Karikatur und Kurzweiliges

### 8 Vorrang für Wachstum und Arbeit

Auch wenn bei Drucklegung des MittelstandsMagazins die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP noch nicht vollständig abgeschlossen waren, so zeichnet sich eine moderne bürgerliche Politik ab



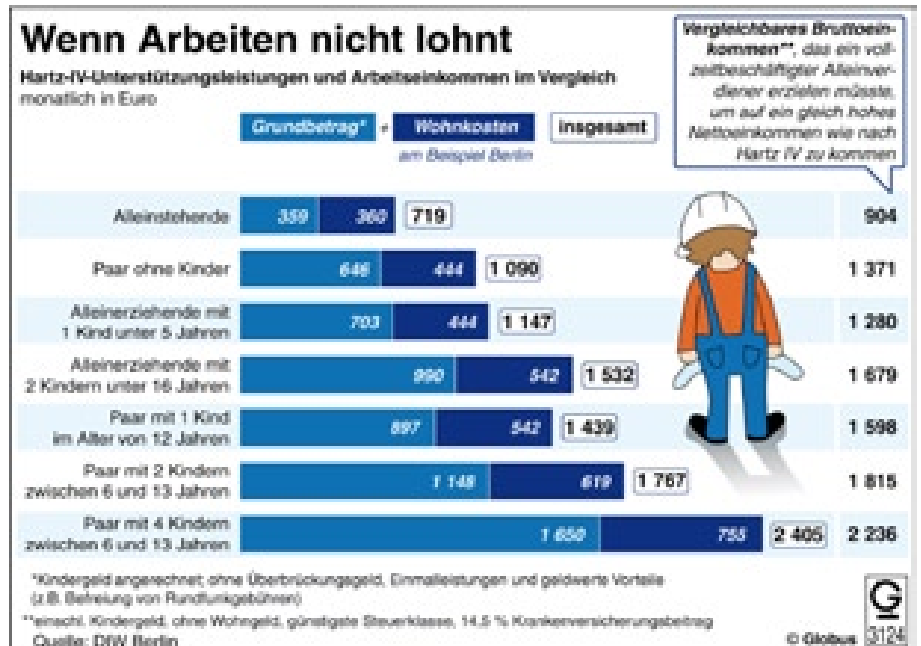
## WIRTSCHAFT

### 12 Förderprogramme

Es gibt für jeden das passende Programm, die Kunst besteht darin, es zu finden. Wir werfen für unsere Leser einen Blick auf „grüne“ Programme für den Mittelstand.

### 20 Gesundheitssystem

Wie geht es weiter mit unserem Gesundheitssystem, das in der großen Koalition alles andere als gesund geworden ist. Finanzierungslöcher und zu hohe Belastungen für die Betriebe stellen die neue Koalition vor schwierige Aufgaben.



**Was Versicherte von ihrer Krankenkasse erwarten**  
Die wichtigsten Aufgaben: jeweils ein Gehaltspunkt = 100\*

- 94 Unterstützung und Beratung bei Krankheitsfällen
- 95 Beratung über Versicherungsleistungen und Konditionen
- 96 Beratung über die Qualität des Leistungsangebotes
- 97 Information zu Krankheitsfällen
- 98 Übernahme d. Selbstkostenanteils in stationären Krankheitsfällen
- 99 Mitarbeit in gemeinsamen Organisations- & Beratungsstellen
- 100 Interdisziplinäre Beratung in gemeinsamen Organisations- & Beratungsstellen

**20**

*Testament*

**24**



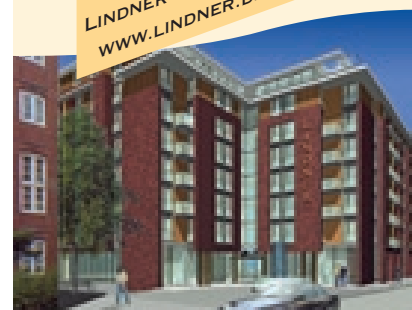
**INSELLEBEN –  
MIT SEELUFT,  
SONNE, STRAND  
UND MEHR.**

Wenningstedt – ein Ort mit typischem Sylter Flair. Hier findet der Gast, auf der Suche nach exklusivem Ambiente mit Seeluft, eine Oase der Ruhe und Erholung: das Lindner Hotel Windrose. Nur wenige Schritte entfernt lädt der Strand zum Spaziergehen, Wellenbaden oder einfach nur zum Faulenzen im Strandkorb ein. Die Hotelküche für höchste Ansprüche und der attraktive Freizeit- und Wellnessbereich – das alles macht den Urlaub zum Genuss auf einer Insel, wie es keine Zweite gibt: Sylt.

Strandstraße 19  
D-25996 Wenningstedt/Sylt  
Telefon +49-(0)4651-940-0  
Telefax +49-(0)4651-940-875  
info.windrose@lindner.de  
www.lindner.de



**JETZT AUCH IN HAMBURG –  
LINDNER HOTEL AM MICHEL  
WWW.LINDNER.DE/DE/LHH**



**UNTERNEHMEN**

- 22 IT-Themen**  
Grundschutz leicht gemacht  
Mobile-Business-Programme für den Außendienst
- 24 Unternehmer-Testament**  
Hier lauern zahllose rechtliche und vor allem steuerliche Fallstricke, hinzu kommt die anstehende Änderung des Erbschaftsteuer-Rechts durch die neue Koalition.

**SERVICE**

- 25 Serie „5 häufige Fehler“**
- 26 Recht im Gespräch**
- 26 Erhard-Zitate**
- 27 Aktuelle Urteile**
- 28 Bücherseite – Für Sie gelesen**

**MIT-INSIDE**

- 30 IT-Inside**
- 31 MU-Inside**
- 33 Namen sind Nachrichten**
- 34 Baustelle**
- 34 Impressum**

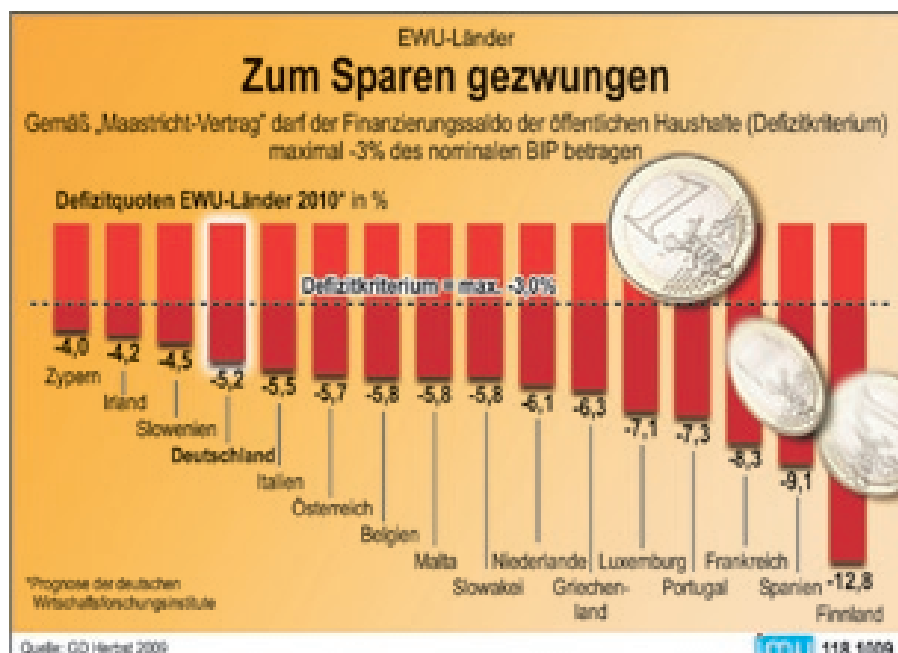




Foto: picture alliance/dpa

**Nicht immer lief es ganz rund bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP.** Doch am Ende überwiegt die Zuversicht, dass dieses bürgerliche Bündnis eine Politikwende in Deutschland schaffen kann

## Schwarz-Gelb nimmt Fahrt auf

**NACH KURZEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN GEHT DIE NEUE REGIERUNG AN DEN START.**

**Nach der euphorischen Feierlaune am Wahlabend des 27. September kehrte beim neuen schwarz-gelben Traumpaar im Laufe der Koalitionsgespräche schnell die so genannte „Ernüchterung“ ein. Manch einer sprach von regelrechter Katerstimmung hinter den verschlossenen Verhandlungstüren, insbesondere bei den Liberalen. Aber mal ehrlich – verwundert das? Im ritualisierten Politikbetrieb bricht schon immer nach den Urnengängen schlagartig die Zeit hässlicher Zahlen und ungeschriebener Gesetze an.**

Erstere bedeuten den unvermeidlich grausamen Kassensturz. Letztere besagen unter anderem seit jeher, dass bisheriges Regierungshandeln

eines Partners im Grundsatz sakrosankt ist, jedenfalls nicht mir nichts dir nichts einfach über Bord gekippt wird. So erging es 2009 der siegestaumelnden FDP wie 2005 der damals mit viel Chuzpe gerade noch so ins Amt gekommenen Union. Blütenträume adé. Willkommen auf dem Boden der Tatsachen und in den Müh(l)en der Ebene.

### Keine 180-Grad-Wende

Hundertachtzig-Grad-Wendungen – ohnehin noch nie Wesensmerkmal bundesdeutscher Mentalität bei Bevölkerung und ihren Politikern – blieben also auch diesmal aus. Weder der Gesundheitsfonds, noch die Bundesagentur für Arbeit werden nun per Federstrich kurzerhand

abgeschafft. Die jüngsten Branchenmindestlöhne bleiben einstweilen ebenso in Kraft wie der Kern der Sicherheitsgesetze zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Manch bürgerlicher Neu-Revolutionär mag dies zutiefst bedauern und sich argwöhnisch an den frühen Festlegungen der Kanzlerin reiben, dass sowohl der Kündigungsschutz als auch die Mitbestimmung im Kern zunächst nicht angetastet würden.

### Vertrauensbildende Signale

Voreilige Enttäuschung und spöttische Polemik sind dennoch fehl am Platze. Das viel und gern zitierte Bonmot, Politik beginne mit dem Betrachten der Realitäten, ist ebenso weitsichtig,



wie Ludwig Erhards kluger Ausspruch, dass Wirtschaft (und hierzu zählen neben Unternehmen eben auch Beschäftigte sowie Verbraucher) zur Hälfte Psychologie ist. Dass die neuen Koalitionäre als erste Einigung eine Anhebung der Schonvermögen von Langzeitarbeitslosen verkünden ließen, haben hartgesottene Fans der Leipziger Beschlüsse der CDU als Schlag ins Gesicht empfunden. Andererseits: Was ist so falsch am vertrauensbildenden Signal an Millionen Beschäftigte, die derzeit um ihren Job bangen, dass deren Lebensleistung stärker honoriert wird? Wäre es wirklich hilfreich, im Ausklingen der tiefsten Nachkriegsrezession kurzerhand die hochkomplexen Sozialsysteme radikal umzubauen, wo doch ihr reibungsloses Funktionieren nach all den eben erst verdauten Hartz-Umbauten gerade jetzt so wichtig ist? Kann es wirklich im Interesse der Arbeitgeber liegen, Gewerkschaften ohne Not auf die Barrikaden zu treiben, in Zeiten wo das flexible Miteinander der Sozialpartner auf betrieblicher Ebene einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung leistet?

### Pragmatismus statt Ideologie

Die wichtigste Voraussetzung für die zukunftsgerichtete Erneuerung des Landes haben die Bürger selbst geschaffen, indem sie die große Koalition vor wenigen Wochen allen linken und sozialdemokratischen Unkenrufen zum Trotz überraschend eindeutig abgewählt haben. Mehr noch: Die Wählermehrheit hat sich damit ausdrücklich gegen die Fortsetzung einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners entschieden und justament denjenigen

Partnern das Mandat erteilt, die die größten Gemeinsamkeiten aufweisen. Zwischen keinem anderen Parteienbündnis gibt es so große Schnittmengen, was Inhalte, Ziele oder das Rollenverständnis von Staat, Bürgern und Wirtschaft betrifft.

Für diesen Vertrauensvorschuss können die Wähler zu Recht ehrliche, kluge und praktikable Antworten auf die vorhandenen Probleme erwarten. Etwa, dass allzu milliardenschwere Steuergeschenke auf Pump in absehbarer Zeit tatsächlich ein Wunschtraum bleiben bzw. schlicht eine Versündigung an Kindern und Enkeln sind. Oder, dass nach der Krise Lasten zwangsläufig steigen und in einer alternden Gesellschaft solidarische Sozialsysteme nur finanzierbar bleiben, wenn diese mit mehr Eigenverantwortung und stärkerer Basisversorgung einhergehen.

Bei aller Kritik am oftmals Ungefahren oder manch sibyllinischem Prüfauftrag im Koalitionsvertrag. – Er enthält vieles, was gerade der Mittelstand lange gefordert hat: Angefangen von Korrekturen der Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform, einem Wachstumspaket und dem Verzicht auf Steuererhöhungen in der konjunkturellen Erholungsphase über konkrete materielle Maßnahmen beim Bürokratieabbau bis hin zu besseren Finanzierungsbedingungen und weiteren Schritten gegen die kalte Progression. Die richtigen Themen sind also benannt und darüber hinaus, was mindestens ebenso wichtig ist, im Gegensatz zur Geschäftsgrundlage der großen Koalition, fast keine ausdrücklichen Tabus verankert.

### Taten statt Paragraphen

Intelligente Kommunikation und verlässliches Handeln könnten deshalb das eigentliche Erfolgsgeheimnis der neuen Regierung werden. Sie sollten insbesondere aus dem Abschied von den hierzulande stets Angst einflößenden „ganz großen Würfeln“ sowie stattdessen dem beharrlichen Werben für kleinere wie in sich schlüssige Schritte in die richtige Richtung bestehen. Das macht beispielsweise die Diskussion über die Kernkraft deutlich. Nach wie vor überwiegt in der Bevölkerung eine tiefe Grundskepsis gegenüber dieser Form der Energieerzeugung. Trotzdem konnten Grüne und SPD mit ihrer Ablehnung einer Laufzeitverlängerung im Wahlkampf so recht keinen Blumentopf gewinnen. Das zeigt: Die Deutschen gehen am liebsten nüchtern auch mit strittigen Themen um. Sie sind bereit, den Weiterbetrieb von Atomreaktoren zu akzeptieren, wenn dadurch Stromkosten stabiler bleiben.

### In 100 Tagen wissen wir mehr

Vor diesem Hintergrund ist überzeugendes künftiges Regierungshandeln viel wichtiger als die Paragraphen der neuen Koalitionsvereinbarung. Hier gilt wie im wahren Leben: Wer dem anderen nicht über den Weg traut, regelt alles vorab im Ehevertrag – bis hin zur Scheidung. Was nützt ein wilder Papiertiger, der sich später als Bettvorleger entpuppt? Umgekehrt könnte ein Schuh draus werden. Bei aller programmatischen Nüchternheit darf der Zauber des bürgerlichen politischen Neuanfangs in den kommenden Wochen und Monaten gleichwohl nicht fehlen. Seine Grundlagen liegen im klaren Bekenntnis von Union und FDP zu gemeinsamen Zielen: für Wachstum und Beschäftigung, eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft und die Stärkung der verunsicherten Leistungsträger der Mitte der Gesellschaft. Diese Ziele müssen Schritt für Schritt Konturen annehmen. In 100 Tagen wird sich Schwarz-Gelb erstmals ernsthaft daran messen lassen müssen. Man darf gespannt sein.

#### Hinweis der Redaktion:

*Weil sich die Koalitionsverhandlungen, vor allem in den für den Mittelstand so wichtigen Bereichen Wirtschaft und Finanzen länger als erwartet hinzogen, konnten wir deren Abschluss leider nicht abwarten, sondern mussten mit der Produktion dieses Magazins beginnen.*



Rund drei Wochen dauerten die Koalitionsverhandlungen zwischen der Union und der FDP, deren große Runde in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin tagte.

# In 5 Minuten ist Ihre Fir – und im Internet!

## Mit wenigen Maus- klicks – schnell und einfach online!

Wählen Sie Ihre Branche aus,  
definieren Sie Ihren Farbwunsch,  
geben Sie Ihre Firmendaten ein –  
fertig! 1&1 Branchen-Homepage  
übernimmt automatisch Ihre Infor-  
mationen und integriert Sie an  
den richtigen Stellen der  
Homepage. Und das Beste  
ist: Typische Texte und  
Bilder für Ihre Branche  
sind schon drin!

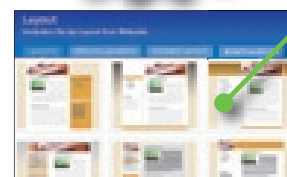


**Klick,  
schon ist Ihre  
Homepage  
fertig!**

# Fertige Lösungen für über 100 Branchen!

## Sie können ändern wann und was Sie wollen – einfach und bequem online übers Internet!

Ohne Software, ohne Programmierkenntnisse: Rufen Sie einfach Ihre 1&1 Branchen-Homepage unter Ihrer individuellen Internet-Adresse auf, geben Sie Ihr Passwort ein – und schon können Sie ändern, was Sie wollen. Schritt für Schritt, so einfach wie mit „Word“. Dabei haben Sie das Ergebnis immer gleich vor Augen. Und wenn Ihnen etwas nicht gefällt, können Sie es sofort rückgängig machen. Probieren Sie es aus!



**Grundaufbau ändern –  
kinderleicht!**



**Angebote – blitzschnell  
aktualisiert!**

# men-Homepage fertig



## 1&1 Branchen-Homepage Basic:

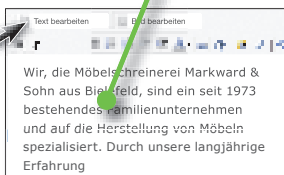
- ✓ hochwertige Homepage-Vorlagen für viele Branchen
- ✓ einfach online individualisierbar
- ✓ ohne Software-Download
- ✓ so einfach wie „Word“
- ✓ beliebige Seitenanzahl, beliebige Datenmenge
- ✓ eigene Internet-Adresse inkl. (Wahl aus .de, .com, .biz, .info)
- ✓ passende E-Mail-Adressen inkl.
- ✓ Telefon-Hotline an 7 Tagen/Woche rund um die Uhr für nur 14 ct/Min. (aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkpreis ggf. abweichend)

Erst kostenlos ausprobieren, danach 12 Monate Mindestvertragslaufzeit, 4 Wochen Kündigungsfrist.

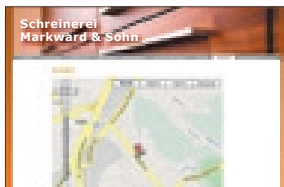
Komplett für nur

**9,99**  
€/Monat  
inkl. MwSt.

**Jetzt kostenlos ausprobieren!**



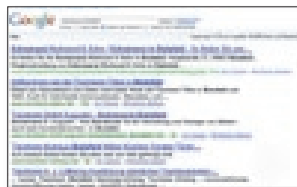
**Eigene Texte** – einfach drüberschreiben!



**Lageplan** – mit zwei Klicks aktiv!



**Hauptgrafik wechseln** – sekundenschnell!



**Suchmaschinen-Optimierung** – automatisch!



**Eigene Bilder** – bequem per Mausclick!

Oder gleich bestellen unter: **www.1und1.info**

**1&1**

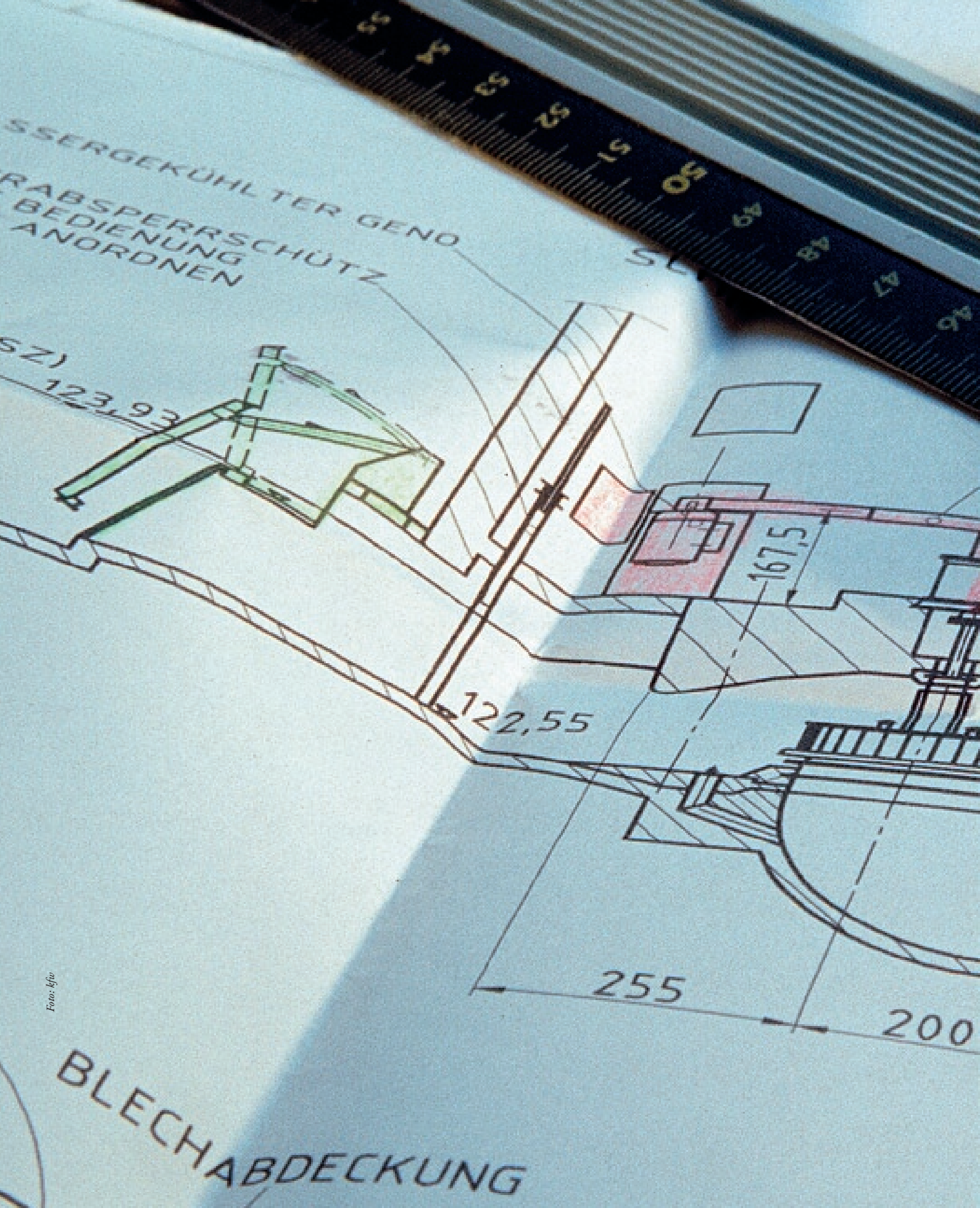



Foto: kfu

Schon bei der Planung neuer Vorhaben ist es wichtig, sich über mögliche Förderprogramme zu informieren und Fachleute hinzuzuziehen





**„Es gibt für jeden  
das passende Programm,  
man muss es nur finden“**

ZAHLREICHE FÖRDERPROGRAMME DER ÖFFENTLICHEN HAND HELFEN BEI DER FINANZIERUNG DES GRÜNEN GEWISSENS. ALLERDINGS SIND DIE VERGABEVERFAHREN OFT KOMPLIZIERT UND BÜROKRATISCH.

*Von Silke Becker*



„Die Investitionskosten für umweltfreundliche Technologien sind in der Regel höher als bei konventionellen, aber langfristig sind diese Technologien billiger“, erklärt Markus Lodde, Förderberater bei der Effizienz-Agentur NRW. Die Öko-Rechnung geht also oft nur auf, wenn man langfristig kalkuliert. Amortisationszeiten von drei, vier oder fünf Jahren sind keine Seltenheit. Das, und die höheren Anfangsinvestitionen, schrecken viele Unternehmer ab. Die Politik hat das Problem erkannt und greift umweltbewussten Unternehmern tatkräftig unter die Arme. Zahlreiche Förderprogramme sollen die grüne Entscheidung so leicht wie möglich machen. Je nach Projekt gibt es Zuschüsse oder zinsgünstige Darlehen. „Jede Investition muss sich aber grundsätzlich auch ohne Förderung rechnen“, erklärt Lodde. „Die Förderung sollte nur letzter Anstoß sein, um die Sache auch wirklich anzugehen.“

### Prall gefüllte Töpfe

Die Fördertöpfe sind auch im Krisenjahr 2009 prall gefüllt, im Rahmen der Konjunkturpakete wurden viele Programme aufgestockt oder verlängert. Ideale Zeiten also für umweltbewusste Unternehmer, die grüne Investitionen planen. Doch wie so oft im Leben, gibt es auch hier einen Haken. Und der heißt Förderdschungel. „Aufgrund der föderalen Struktur gibt es viele verschiedene Zuständigkeiten, und die einzelnen Stellen stimmen sich kaum untereinander ab“, weiß Markus Lodde. „Es gibt für jeden das passende Programm, man muss es nur finden.“

Grundsätzlich gilt: Zuschüsse gibt's nur für echte Innovationen. Wenn man dagegen eine alte Maschine gegen ein sparsameres modernes Modell austauscht, kann es aber immerhin noch ein zinsgünstiges Darlehen geben. In vielen Fällen ist es jedoch gar nicht auf den ersten Blick zu erkennen, ob eine wirkliche Innovation vorliegt oder nicht. „Das Kri-

terium ist der so genannte Branchenstandard“, erklärt Lodde. „Wenn alte Technik durch neue ersetzt werden soll, lohnt es sich fast immer, zu prüfen, ob die Investitionen förderfähig sind.“ Das klingt einfach, ist es aber nicht. Ohne qualifizierte Beratung durch einen Experten, der den Überblick über die unzähligen Möglichkeiten hat, geht fast nichts. Daran ist nicht nur der Förder-Wirr-Warr schuld. „Jedes Förderprogramm hat ein ganz bestimmtes Ziel und damit eigene Bedingungen“, erklärt Lodde. „Man muss genau wissen, was der jeweilige Fördergeber will, um das Projekt im Antrag richtig darzustellen.“

### Stolperfallen in Anträgen

Ein typischer Fehler vieler Unternehmen: Zuerst wird die technische Lösung gesucht, dann die Finanzierung geklärt. „Sobald die erste Idee da ist, sollte man sich umgehend über die Förderung Gedanken machen“, rät der Experte der Effizienzagentur NRW. „Dadurch hat man ganz andere Möglichkeiten, das Pro-

## Förderung durch Konjunkturprogramme KfW informiert vor Ort

Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und der KfW Bankengruppe

„Konjunktur auf Tour“: bis zum 14. Juli in 64 Städten

**KfW-Förderung im Rahmen der Konjunkturpakete der Bundesregierung**

**Insgesamt 52,5 Mrd. €**

- 40 Mrd. : KfW-Sonderprogramm zur Unternehmensfinanzierung
- 8,5 Mrd. : Energieeffizientes Bauen und Sanieren von Wohngebäuden
- 3 Mrd. : Kommunale Infrastruktur
- 1 Mrd. : Energieeffizienz und Innovationen in Unternehmen

**Persönliche Beratung**

- Jetzt informieren KfW-Berater vor Ort, wie die KfW Unternehmer, Bürger und Kommunen bei ihren Vorhaben unterstützen kann
- Zwei Infobusse besuchen 64 Städte
- Informationsveranstaltungen für Unternehmer an ausgewählten Standorten
- Weitere Informationen unter [www.kfw.de](http://www.kfw.de)




Quelle: KfW Bankengruppe 301 0609

jekt bereits in der Planungsphase an die Förderbedingungen anzupassen.“ Abgesehen davon gibt's sowieso nur Geld, wenn man noch nicht mit dem Projekt begonnen hat, nach dem Start ist eine Förderung praktisch ausgeschlossen.

Wer das richtige Programm gefunden hat, ist noch lange nicht aus dem Schneider. Spätestens beim Ausfüllen des Antrags geht oft gar nichts mehr. Selbst scheinbar triviale Angaben, wie etwa die Anzahl der Mitarbeiter, können zu Stolperfallen werden, weil man dazu die Feinheiten der EU-Definitionen kennen muss. Wer weiß schon, ob die EU Azubis zu den Mitarbeitern zählt oder kann mit Sicherheit sagen, was De-minimis-Behilfen sind? Kaum ein Unternehmer hat die Zeit, um sich in solche Finessen einzuarbeiten. Auch hier ist Beratung sehr hilfreich.

### Geduld ist gefragt

Natürlich muss man eine gewisse Vorlaufzeit einkalkulieren, bis die Gelder

bewilligt sind. Je nach Projekt sollte man rund sechs Monate und mehr einplanen. „Im Mittelstand werden Entscheidungen oft sehr schnell getroffen“, sagt Lodde. „Leider ist bei einigen Förderprogrammen etwas Geduld gefragt.“ Das gilt auch, wenn der Antrag erfolgreich ist. Was viele nicht wissen: Selbst wenn die Zusage schon da ist, gibt es nicht sofort Geld, weil die Auszahlung an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Bei einigen Programmen gibt es das Geld auch nur „häppchenweise“, weil die Auszahlung in mehreren Stufen erfolgt. „Die Förderung ist häufig sehr formalisiert“, erklärt Lodde. „Oft gibt es beispielsweise bestimmte Milestones, die man erreichen oder Meldefristen, die man einhalten muss. Man muss sich rechtzeitig darauf einstellen und das Projekt entsprechend abwickeln. Das kann aber auch ein Pluspunkt sein, weil der ganze Prozess dadurch sehr strukturiert abläuft.“

### HILFREICHE ADRESSEN

#### [www.efanrw.de](http://www.efanrw.de)

Internetauftritt der Effizienz-Agentur NRW. Bundesweit vernetzte verschiedene Regionalbüros in NRW. Fachliche Beratung, Förderberatung und Projektbegleitung.

#### [www.pius-info.de](http://www.pius-info.de)

Allgemeine Infos, Praxisbeispiele, Ansprechpartner (bundesweite Kooperationspartner), Beratersuche – alles rund um das Thema Produktionsintelligenter Umweltschutz (PIUS).

#### [www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de)

Datenbank, die bei der Suche nach passenden Förderprogrammen hilft, regelmäßig aktualisiert.

#### [www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/pilotprojekte\\_richtlinie.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/pilotprojekte_richtlinie.pdf)

Förderkriterien des Bundesumweltministeriums in der Förderrichtlinie vom 04. Februar 1997.

## Trotz Krise Finanzierungssicherheit für Unternehmen

### „KfW-Sonderprogramm“ zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung

- ▶ Im Rahmen der Konjunkturpakete (I+II) der Bundesregierung können in 2009 und 2010 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von bis zu...

... **40 Mrd.** vergeben werden.

- ▶ Drei Bausteine des „KfW-Sonderprogramms“:



- ▶ Kredithöhe: Für Unternehmen bis 500 Mio. € Jahresgruppenumsatz bis zu 50 Mio. € je Vorhaben, für größere Unternehmen bis zu 300 Mio. € je Unternehmensgruppe/Konzern

- ▶ Besonderheit: Hohe Haftungsfreistellung der durchleitenden Hausbanken; bis zu 90% bei Investitionskrediten und bis zu 60% bei Betriebsmittelfinanzierungen\* möglich

Quelle: KfW Mittelstandsbank

\*Auch Anschlussfinanzierungen bzw. Prolongationen



im 303 0309

## 900.000 EURO FÜR CHROMFREIE GALVANIK

**Der Verbindungstechnik-Hersteller EJOT GmbH & Co. KG in Bad Laasphe (NRW) investierte 2008 rund 2,4 Millionen in eine neue Galvanik. 900.000 Euro gab's aus dem Umweltinnovationsprogramm der Bundesregierung.**

Schrauben müssen korrosionsfest sein. Das verlangt der Kunde. Doch die bislang übliche Galvanisierung mit hochgiftigem Chrom-6 darf nicht mehr eingesetzt werden. Das verlangt eine EU-Richtlinie. Der Verbindungstechnik-Hersteller EJOT GmbH in Bad Laasphe suchte deshalb nach ökologisch unbedenklichen Alternativen. „Wir haben bereits im Juni 2007, also in einer sehr frühen Planungsphase, mit der Effizienz-Agentur NRW zusammengearbeitet. Erst in diesen Gesprächen zeigte sich, welches Verfahren den umweltpolitischen Mehrwert bietet, der eine solche Förderung überhaupt rechtfertigt“, erklärt Geschäftsführer Winfried Schwarz.

Auch danach begleiteten die Berater den gesamten Prozess: Sie erläuterten die Fördervoraussetzungen, halfen bei der Antragstellung und beim Aufstellen des Projektfahrplans.

„Das war eine sehr wichtige Unterstützung. Unsere Mitarbeiter sind tolle Ingenieure, doch mit solchen Anträgen hatten sie natürlich keine Erfahrung.“ EJOT entschied sich für eine innovative Zink-Nickel-Trommelgalvanik. Bei diesem Verfahren entsteht kein Abwasser mehr. Das schont die Umwelt und bietet dem Unternehmen eine höhere Sicherheit, denn so sind gefährliche Fehler beim Einleiten von Abwasser ausgeschlossen.



Geschäftsführer **Winfried Schwarz**

Außerdem arbeitet die Anlage sparsamer: Die regenerierten Elektrolyte können wiederverwendet werden und der Frischwasserbedarf reduziert sich auf die Hälfte. „Die Förderung hat uns den letzten Schubs gegeben, um uns für diese besonders umweltfreundliche, aber auch deutlich teurere Anlage zu entscheiden“, sagt Schwarz. Ein mutiger Schritt, denn bislang war das innovative Verfahren nur im kleinen Maßstab mit maximal 50 kg pro Monat erprobt. EJOT produziert dagegen zehn bis zwölf Tonnen monatlich. „Es waren viele Versuche und Messungen notwendig, bis alle technischen Parameter erfüllt waren. Dadurch entstanden im Vergleich zu anderen Verfahren erhebliche Mehrkosten und das war auch der Grund für die Förderung“, erklärt Schwarz.

Was blieb, war das Risiko: Niemand wusste, ob die innovative Technologie im großen Maßstab funktioniert. Doch die mehrmonatigen Versuche haben sich gelohnt: Abgesehen von einer vierwöchigen Verzögerung lief beim Start im September 2008 alles glatt. Geschäftsführer Winfried Schwarz ist hochzufrieden: „Ich würde es jederzeit wieder so machen.“

## Umwelt- und Klimaschutzförderung für Unternehmen

Zielgruppe: Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Freiberufler u.a.

Neue Programme 2009: Besonders günstige Konditionen



### Eckpunkte

#### ERP-Umwelt- und Energieeffizienzprogramm\*

- Mitfinanzierung von allgemeinen Umweltschutzmaßnahmen (Programmteil A) sowie von Energieeffizienzmaßnahmen (Programmteil B) zu einem günstigen Zinssatz
- Spezielles Förderfenster für kleine Unternehmen mit zusätzlich vergünstigtem Zinssatz
- Kreditbeträge: In der Regel bis 2 Mio. (A) bzw. max. 10 Mio. (B)\*\*

#### KfW-Programm Erneuerbare Energien\*

- Mitfinanzierung langfristiger Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien zu einem günstigen Zinssatz im Programmteil „Premium“ mit Haushaltsmitteln des Bundes
- Programmteil „Standard“ fördern die Erzeugung von Strom bzw. Kraft-Wärme-Kopplung, Programmteil „Premium“ besonders förderwürdige Anlagen zur Wärmenutzung
- Spezielles Förderfenster für kleine Unternehmen mit zusätzlich vergünstigtem Zinssatz (Premium)
- Kreditbeträge: In der Regel bis 10 Mio. \*\*

Quelle: KfW Förderbank

\*Anträge über Hausbank \*\*In Vorhaben

302 1208

## Zuschüsse für neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen

### ZIM – ZENTRALES INNOVATIONSPROGRAMM MITTELSTAND DES BMWI

**Die ständigen Veränderungen des Marktes erfordern schnelles und flexibles Reagieren der Unternehmen. Attraktive und neue Produkte und Dienstleistungen sind dabei Garant für gute Marktchancen und Wettbewerbsfähigkeit. Neue Produkte und Dienstleistungen setzen jedoch ständige Neu- und Weiterentwicklungen voraus, was für kleine und mittlere Unternehmen nicht nur eine technologische, sondern insbesondere auch eine finanzielle Herausforderung darstellt.**

Um Forschung und Entwicklung zu beschleunigen und die finanziellen Belastungen für Wirtschaft und Wissenschaft zu verringern, werden von der EU, dem Bund und den Ländern eine Vielzahl verschiedener Förderprogramme angeboten. Die meisten dieser Programme sind jedoch mit sehr hohen bürokratischen Hürden verbunden und fördern überwiegend marktferne Forschung und Entwicklung, bis hin zur Grundlagenforschung.

#### Programm für Kleine

Eine der wenigen Ausnahmen bildet das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundesministeriums für Wirtschaft. Dieses Programm ist nicht nur den mittelständischen Unternehmen im Wesentlichen vorbehalten, sondern zeichnet sich auch durch relativ unbürokratische Antragstellung und Abwicklung aus. Selbst für kleine Unternehmen (unter zehn Mitarbeiter) und Handwerksbetriebe kann sich eine Antragstellung lohnen.

ZIM ist ein technologie- und branchenoffenes Förderprogramm, das die Entwicklung marktnaher neuer Produkte, Verfahren und technischer Dienstleistungen unterstützt. Diese

müssen mit ihren Funktionen, Parametern oder Merkmalen das bisherige Niveau im antragstellenden Unternehmen deutlich übertreffen und sich am internationalen Stand der Technik lediglich orientieren. Absolute Neuheit des Produkts, des Verfahrens oder der Dienstleistung am Markt, Alleinstellungsmerkmale oder Patentfähigkeit sind nicht zwingend erforderlich. Das technologische Leistungsniveau der Unternehmen und deren Innovationskompetenz soll jedoch durch den Einstieg in ein neues Technologiefeld oder eine neue Kombination von modernen Technologien erhöht werden.

#### Die Voraussetzungen

Gefördert werden einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Kooperationsprojekte mehrerer Unternehmen oder von Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Vorhaben müssen mit erheblichen technischen Risiken behaftet sein, auf anspruchsvollem Innovationsniveau die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig erhöhen, neue Marktchancen eröffnen und damit Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern und ohne Förderung nicht



Der Autor **Peter Götz** ist Vorsitzender der MU-Steuerkommission, Mitglied des MU-Landesvorstandes und des MIT-Bundesvorstandes sowie Inhaber einer bundesweit tätigen Steuerkanzlei

oder nur mit deutlichem Zeitverzug realisiert werden können.

Die Förderung erfolgt durch nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von 25 bis 50 Prozent der zuwendungsfähigen Projektkosten. Die Höhe des Fördersatzes ist abhängig von der Art des Projektes (Einzelprojekt oder Kooperationsprojekt) sowie der Größe und dem Standort des Antragstellers (alte oder neue Bundesländer).

Zuwendungsfähige Projektkosten sind

- ▶ Personalkosten für eigenes festangestelltes FuE-Personal sowie am Projekt mitwirkende Geschäftsführer oder Firmeninhaber
- ▶ Kosten für Fremdleistungen und Entwicklungsaufträge, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen von Dritten erbracht werden
- ▶ Alle übrigen Kosten werden mit einer Pauschale von maximal 100 Prozent der Personalkosten abgegolten (bei Kooperationen mit ausländischen Partnern sogar bis zu 120 Prozent)
- ▶ Je Antrag sind Projektkosten bis insgesamt 350.000 Euro zuwendungsfähig.

Antragsberechtigt sind Unternehmen aller Rechtsformen mit Geschäftsbetrieb in Deutschland unter gewissen Bedingungen. Anträge können laufend gestellt werden, spätestens bis zum 31.12.2013. Für Einzelprojekte von Unternehmen aus den alten Bundesländern sowie für Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigte ist eine Antragstellung nur bis 31.12.2010 möglich. Ansprechpartner und Projektträger für Einzelprojekte:

E-Mail: [zim@euronorm.de](mailto:zim@euronorm.de)  
und für Kooperationsprojekte  
E-Mail: [zim@aif-in-berlin.de](mailto:zim@aif-in-berlin.de)



## DAS INTERVIEW

## „Fünf Prozent sind fast immer drin“

**Umweltschutz als Kostenfaktor - das war einmal. Wer jetzt in Öko-Technologie investiert, macht sein Unternehmen fit für die Zukunft. Dr.-Ing. Peter Jahns, Leiter der Effizienz-Agentur NRW sagt, warum die Investition in moderne Öko-Technologie ein echter Wettbewerbsvorteil ist.**

*Umweltschutz ist natürlich wichtig, kostet aber Geld und bringt dem Unternehmen selbst nichts. Sehen Sie das auch so?*

**Dr.-Ing. Peter Jahns:** Nein, diese Aussage stimmt so heute nicht mehr. Traditionell hatten wir in Deutschland das Konzept des „nachsorgenden Umweltschutzes“. Hier geht es beispielsweise darum, dass Abluftfilter eingebaut und abgeschiedene Schadstoffe umweltgerecht entsorgt werden müssen. Solche Maßnahmen sind zwar wichtig, für die einzelnen Unternehmen aber tatsächlich in erster Linie ein Kostenfaktor. Das hat niemand freiwillig gemacht, sondern das war nur durch Gesetze durchsetzbar. Inzwischen haben wir hier ein sehr hohes Niveau erreicht.

Heute dagegen ist der Ansatz ein anderer. Man betrachtet nicht mehr nur den Output, sondern den gesamten Produktionsprozess. Bei diesem so genannten „integrierten Umweltschutz“ will man so wenig Abfall wie möglich erzeugen und so wenig Rohstoffe und Energie wie möglich verbrauchen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern die gesamte Produktion wird dadurch sehr viel effizienter und wirtschaftlicher, also insgesamt schlanker. Das Unternehmen spart so bares Geld.

*Lohnt sich das denn überhaupt - schließlich mussten Unternehmen doch immer schon auf effiziente Prozesse achten?*

**Jahns:** Aber ja, hier gibt es teilweise sehr viel Nachholbedarf! Selbst Weltmarktführer, die nur relativ wenig Wettbewerbsdruck haben, könnten oft noch wesentlich sparsamer produzieren! Welche Einsparun-

gen möglich sind, hängt stark vom einzelnen Unternehmen ab. Natürlich gibt es auch Verfahren, die man nicht mehr optimieren kann. Ich würde aber sagen, fünf Prozent sind fast immer drin, in manchen Fällen sogar 20 Prozent und mehr. Dazu ein Rechenbeispiel: Reduziert man die Stoffstromkosten um 10.000 Euro pro Jahr, entspricht das bei einer Umsatzrendite von 2 Prozent einer Umsatzsteigerung von 500.000 Euro, bei einer Umsatzrendite von 5 Prozent einem Umsatzplus von 200.000 Euro. Das muss im Vertrieb erst einmal erreicht werden!

*Gibt es noch weitere Vorteile der umweltfreundlichen Prozesse?*

**Jahns:** Ja, das Unternehmen arbeitet nicht nur sparsamer, sondern es gibt oft günstige Nebeneffekte, wie beispielsweise kürzere Durchlaufzeiten, eine bessere Qualität bzw. weniger Ausschuss oder auch eine höhere Anlagenverfügbarkeit. Insgesamt steigt durch effiziente Technologien die Wettbewerbsfähigkeit und das ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtig. Eine Investition in umweltfreundliche Technologien ist eine Investition in die Zukunft!



**Dr.-Ing. Peter Jahns,** Leiter der Effizienz-Agentur NRW

*Welche Unternehmen profitieren besonders vom integrierten Umweltschutz?*

**Jahns:** Besonders hohe Einsparpotenziale finden wir oft bei Prozessen, in denen Wasser eine wichtige Rolle spielt, etwa in der Papierindustrie, in der Lebensmittelbranche oder in der Metallbe- und -verarbeitung. Das gleiche gilt für Unternehmen, in denen viele Produktionsabfälle anfallen, die kostspielig entsorgt werden müssen sowie für Betriebe, die viele Hilfsstoffe, wie beispielsweise Schmieröle oder Chemikalien verwenden. Außerdem gibt es fast immer ein hohes Einsparpotenzial, wenn viel Energie verbraucht wird. Entscheidend ist es, immer den gesamten Prozess zu analysieren. Es geht also nicht darum, eine einzelne Maschine gegen ein sparsameres Modell auszutauschen, sondern den gesamten Prozess kritisch zu überprüfen.

*Sie sagten, es gibt noch Nachholbedarf in den Unternehmen, warum ist das so?*

**Jahns:** Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich. Zum einen waren die Energie- und Rohstoffpreise viele Jahre relativ konstant und sind erst seit Ende der 1990er Jahre durch die zunehmende Nachfrage der Schwellenländer sprunghaft gestiegen. Zum anderen hat man bei den Rationalisierungswellen der letzten Jahren in erster Linie auf die Personalkosten geschaut. Inzwischen ist die hiesige Produktion gar nicht mehr so personal-, sondern in erster Linie maschinenintensiv. Dadurch lohnt es sich ganz anders, die Prozesse zu optimieren. Hier besteht noch ein erhebliches Informationsdefizit. Viele Unternehmer sind zwar durchaus umweltorientiert, wissen aber nicht, was heutzutage technisch alles möglich ist! Es gibt aber Förderprogramme, die das unternehmerische Risiko bei Neuinvestitionen in ressourceneffizientere Technologien begrenzen. Wenn einmal alles läuft, sind die Unternehmen in der Regel sehr zufrieden und fragen sich, warum sie dieses Thema nicht schon viel früher angegangen sind.



# Wirkt beruhigend. Und ist nicht rezeptpflichtig.

Wo gibt's denn so was? 90 Prozent der privat Krankenversicherten fühlen sich gut oder sogar sehr gut abgesichert.\* Deshalb sollte man die PKV ruhig für mehr Menschen öffnen. Denn es wollen sich viel mehr Bürger privat versichern, als der Gesetzgeber bisher zulässt.

\*Forschungsgruppe Wahlen: KBV-Versichertenbefragung.

## Was Versicherte von ihrer Krankenkasse erwarten

Die wichtigsten Aufgaben: Jeweils alle Befragten = 100\*



## Wie geht es mit dem Gesundheitssystem weiter?

NEUE FINANZIERUNGS-LÖCHER SIND ZU ERWARTEN

In den vergangenen Jahren sanken Beitragssätze zur Sozialversicherung von 42 Prozent im Jahr 2003 auf 39,15 Prozent im zweiten Halbjahr 2008. Der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre dürfte nicht zuletzt dieser Entwicklung zu verdanken sein. Allerdings droht der Trend wegen der Wirtschaftskrise zu kippen. Zum einen führt eine steigende Arbeitslosigkeit zu höheren Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit. Die schlagen sich auch im Sozialbudget nieder: Nach Berechnungen des Sozialministeriums wird die Sozialleistungsquote im Jahr 2009 mit schätzungsweise 31,9 Prozent fast so hoch ausfallen wie zuletzt 2003.

Zum anderen bröckelt mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung auch die Finanzierungsbasis für die sozialen Sicherungssysteme. Dabei stehen die demografischen Herausforderungen – weniger Beitragszahler, mehr Empfänger von Sozialleistungen – erst noch ins Haus.

Was also tun, wenn die Kassen leer sind? Die Programme der Parteien zur vorangegangenen Bundestagswahl geben immerhin Teilantworten auf diese Frage:

### Krankenversicherung

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben einen Oldie aus der Truhe geholt – die Bürgerversicherung. Sie funktioniert nach einem einfachen Mechanismus: Wenn die Beitragseinnahmen der bislang gesetzlich Versicherten nicht mehr ausreichen, dann müssen eben neue Einnahmequellen erschlossen werden. Sprudeln soll es aus den Portemonnaies der Selbstständigen und Beamten; beitragspflichtig werden, so die Pläne von SPD, Grünen und Linken überdies auch die Einkommen aus Vermögen oder Vermietung und Verpachtung.

Die Zeche zahlen in jedem Fall die nachfolgenden Generationen. Denn

mit der Bürgerversicherung würde die kapitalgedeckte Privatversicherung abgeschafft. Deren Mitglieder stecken in jungen Jahren mehr Geld in den Topf, als sie herausbekommen. Aus den auf diese Weise gebildeten Altersrückstellungen werden dann später, wenn der Versicherte häufiger krank ist, die höheren Ausgaben gedeckt. Das Umlageverfahren der gesetzlichen Krankenversicherung bürdet die Alterslasten dagegen den nachfolgenden Beitragszahlergenerationen auf.

Allein die FDP präsentiert einen Vorschlag, der sich der demografischen Problematik annimmt. Sie votiert für ein kapitalgedecktes System für alle Bürger, das über Prämien finanziert wird. Wer diese Prämien finanziell nicht stemmen kann, erhält einen Zuschuss vom Staat.

### Gesundheitsmärkte

Auf der Leistungsseite der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben die Vorstellungen der Parteien diffuser. Die FDP will mit Kostenerstattung und Selbstbehalten für mehr Wettbewerb unter den Kassen sorgen. Sie sagt aber nichts dazu, wie man auf Seiten der Anbieter einen Preiswettbewerb entfacht. SPD, CDU/CSU und Die Grünen setzen mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf Verbesserungen im Detail, Preiswettbewerb ist für sie kein Thema.

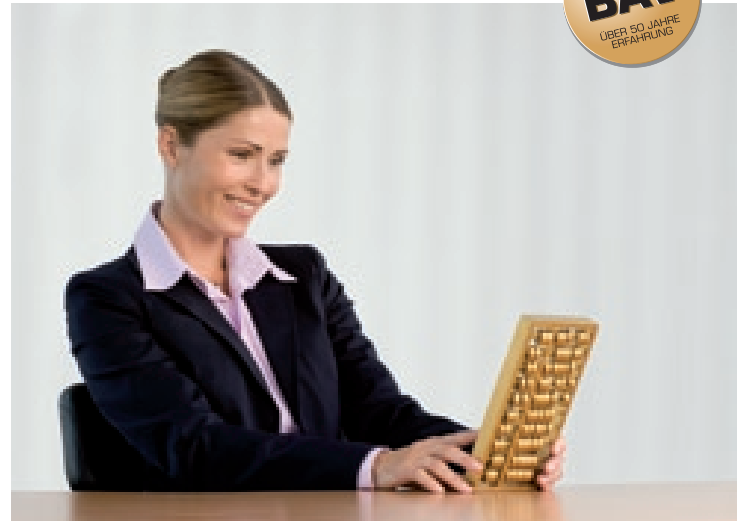
Dabei geht die SPD mit ihrer Forderung noch am weitesten. Kassen und Leistungsanbieter – also z.B. Krankenhäuser und Ärzte – sollen mehr Spielräume bei der Vertragsgestaltung erhalten. Ein solcher Wettbewerb führt allerdings nur dann zu mehr Effizienz, wenn sich die Preisunterschiede auch im Portemonnaie der Versicherten bemerkbar machen. Aber Kassenmitglieder dürfen grundsätzlich pro Jahr nicht mehr als 600 Euro erstattet bekommen, egal wie viel sie durch eine kostenbewusste Auswahl von Leistungen und Anbietern einsparen.

## GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG

- ▶ **GKV-Ausgaben:** Die gesetzliche **Krankenversicherung** (GKV) hat im Jahr 2008 fast 161 Milliarden Euro ausgegeben – 68 Milliarden Euro mehr als 1991. Je Anspruchsberechtigten stiegen die Ausgaben von jahresdurchschnittlich 1.313 auf zuletzt 2.288 Euro.
- ▶ **Hauptursachen für den Ausgabenanstieg:** Die Beiträge werden als fester Prozentsatz vom Gehalt erhoben und stehen deshalb nicht im Zusammenhang mit dem Leistungsanspruch. Daraus resultiert zum einen mangelnde Kostenverantwortung auf Seiten der Versicherten und zum anderen ein fehlender Preiswettbewerb unter den Leistungsanbietern.
- ▶ **Gesundheitsreform 2004:** Die Einführung von Praxisgebühr oder Arzneimittelzuzahlung ist verpufft – pro Kopf sanken die Ausgaben 2004 zwar kurzfristig um 65 auf 1.995 Euro, lagen aber 2008 um 229 Euro über dem Wert von 2003.
- ▶ **Sonderbeitrag für Arbeitnehmer:** Seit Mitte 2005 zahlen die Beschäftigten einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent, an dem der Arbeitgeber nicht beteiligt ist. Dadurch sank deren Beitrag zunächst von 7,1 auf 6,65 Prozent, ist danach aber wieder auf 7,3 Prozent gestiegen. Seit Juli 2009 reduzieren höhere Steuerzuschüsse den Arbeitgeberanteil auf 7 Prozent.
- ▶ **Gesundheitsreform 2007 und Gesundheitsfonds:** Trotz Vertragsfreiheiten wie Selbstbehalten oder Beitragsrückerstattungen ist der Anreiz zu kostenbewusstem Verhalten für viele Versicherte gesunken. Konnten 2008 aufgrund der Beitragsatzunterschiede zwischen verschiedenen Kassen bis zu 1.728 Euro gespart werden, lässt sich die Belastung seit Einführung des Gesundheitsfonds selbst bei geschickter Tarifwahl nur um maximal 1.332 Euro reduzieren.
- ▶ **Folge der unzureichenden Reformen sind kräftige Beitragssatzanstiege:** Die durchschnittlichen Krankenkassenbeiträge lagen 1991 bei 12,3 Prozent, 2008 waren im Schnitt 14,9 Prozent fällig. Der Gesundheitsfonds brachte Anfang 2009 noch mal einen Sprung auf 15,5 Prozent mit sich. Das Konjunkturpaket II glied diesen letzten Anstieg aus: Seit Juli 2009 beträgt der einheitliche Satz 14,9 Prozent.
- ▶ **Eine sinnvolle Reform der GKV-Finanzierung:** Eine Gesundheitsprämie in Höhe von monatlich etwa 215 Euro je erwachsenen Versicherten (Stand 2008) würde bei unveränderten Leistungen zu höherem Kostenbewusstsein führen und einen echten Preiswettbewerb unter den Leistungserbringern eröffnen. Der soziale Ausgleich für Einkommensschwächere sollte über das Steuersystem erfolgen. Mittelfristig ist eine zumindest teilweise kapitalgedeckte Finanzierung anzustreben, um zukünftige Generationen zu entlasten.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Das rechnet sich!



## Einfach und durchdacht. Die Betriebsrente von Delta Lloyd.

Sparen Sie gemeinsam mit Ihren Mitarbeitern Steuern und Sozialabgaben! Delta Lloyd bietet durch unkomplizierte Abwicklung, minimalen Verwaltungsaufwand und professionelle Unterstützung eine betriebliche Altersvorsorge, die sich für Sie und Ihre Mitarbeiter rechnet.

Bauen Sie auf über 50 Jahre Erfahrung und eine transparente Betriebsrente.

Weitere Infos erhalten Sie unter [www.deltalloyd.de](http://www.deltalloyd.de)

Sprechen Sie uns an:  
0180 202 8 202 444\*  
[bav@deltalloyd.de](mailto:bav@deltalloyd.de)

\* 0,09 Euro pro Minute aus dem dt. Festnetz,  
ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunk



# IT-Grundschutz leicht gemacht

**80% DER UNTERNEHMEN HABEN WENIGSTENS EINMAL PRO JAHR SCHWERE IT-PROBLEME**



**IT-Sicherheit ist heute für Unternehmen überlebenswichtig.** Einige Goldene Regeln helfen, diese Sicherheit herzustellen

„Die Diskussion über IT-Sicherheit ist mittlerweile auch im Mittelstand und im Handwerk angekommen. Das Thema wird jedoch oft noch unterschätzt“, sagt Andreas Duscha, der die Studie „Informationssicherheit in Unternehmen“ beim Institut für Handelsforschung in Köln verantwortet.

Die Untersuchung wird alljährlich von der Initiative „Netzwerk Elektronischer Geschäftsverkehr (NEG)“ beim Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben. Sie untermauert die These, dass die IT aus dem täglichen Geschäftsbetrieb nicht mehr wegzudenken ist: Lediglich vier Stunden können die befragten Firmen im Durchschnitt ohne IT auskommen.

Sicherheitsprobleme bewirken also enorme wirtschaftliche Schäden. Dabei könnte es so einfach sein: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bietet mit seinen Grundschutzkatalogen eine umfassende Beispielkonzeption für IT-Sicherheit, die eigentlich nur noch angewendet werden muss.

## IT-Grundschutz bietet Sicherheitskonzept

„Das Problem beim IT-Grundschutz ist seine Kom-

plexität: Die Entscheider in den Unternehmen starren erschreckt auf diese Fülle“, meint IT-Sicherheitsexperte Alexander Geschonneck, einer der Autoren. Die Grundschutzkataloge geben Anregungen und helfen dem Unternehmer, die richtigen Fragen zu stellen. Geschonneck: „Vor allem ein Punkt ist wichtig: Was benötigt das Unternehmen unter dem Gesichtspunkt des Risikos? Dazu gehören vor allem Was-wäre-wenn-Szenarios. Was passiert, wenn plötzlich überhaupt keine IT mehr zur Verfügung steht? Kann ich trotzdem in Teilbereichen weiterarbeiten? Wo geht dann gar nichts mehr?“

Aus solchen Überlegungen entsteht ein Sicherheitskonzept, das an die Unternehmensgröße und den Umfang der IT-Nutzung angepasst werden muss. Unabhängig davon gibt es für jedes Unternehmen – auch für Selbstständige oder Kleinbetriebe – ein paar Elemente, die zumindest eine Basissicherheit geben.

## Firewall und Virens Scanner sind Pflicht

„Wer einen Computer mit Internetverbindung ohne Firewall und Virens Scanner einsetzt, handelt grob fahrlässig“, meint Mathias Gärtner vom Sachverständigenbüro Prof. Pausch & Partner in Darmstadt. Er arbeitet als IHK-Sachverständiger für IT-Sicherheit. Aus seiner Sicht ist ein regelmäßiges Backup der Daten wichtig, und es muss ebenso regelmäßig überprüft werden, ob die Sicherungsmedien auch wirklich lesbar sind. Doch ein wirkungsvoller Schutz der Firmendaten darf sich nicht nur auf die IT-Sicherheit konzentrieren. Die NEG-Studie zeigt: In jedem vierten Unternehmen laufen Betriebsfremde unbeaufsichtigt und ohne Besucherausweis über die Flure.

## Sicherheit gibt es auch als Mietlösung

Eine kleine Box am zentralen Telefonanschluss ist die Schnittstelle zum Internet. Sie reicht automatisch sämtliche Internetverbindungen in beiden Richtungen an einen Dienstleister für Internetsicherheit weiter. Dort werden die Daten nach höchsten Standards geprüft und dann erst an das Unternehmen und – bei ausgehender E-Mail – an ihre Kunden geschickt.

Diese externe Sicherheitsleistung kostet eine monatliche Mietgebühr, die je nach Art der eingesetzten Sicherheitsbausteine und der Anzahl der Arbeitsplätze berechnet wird. Im Gegenzug muss sich kein Mitarbeiter um Aktualisierungen und neue Sicherheitstechniken kümmern, der Dienstleister liefert immer „State of the Art“.

*Ingo Steinhaus*

## DIE TOP 10 DER IT-SICHERHEITSREGELN

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nennt zahlreiche Maßnahmen und Regeln, von denen zehn ganz besonders wichtig sind – auch für Selbstständige, Handwerker, Bürogemeinschaften oder kleine Gewerbebetriebe:

1. Schützen Sie Rechner und Anwendungen mit Kennwörtern. Ein sicheres Kennwort ist eine zufällige Abfolge von mindestens acht Ziffern und Buchstaben.
2. Beschränken Sie Datenzugriffe auf ein Mindestmaß. Jeder Benutzer (und auch jeder Administrator) sollte nur auf die Daten und Programme zugreifen dürfen, die er für seine tägliche Arbeit auch wirklich benötigt.
3. Beschränken Sie auch die Administratorrechte – Admins sollten nur Zugriff auf Ressourcen haben, für die sie zuständig sind.
4. Verbergen Sie jeden PC mit Internetzugriff hinter einer Firewall – entweder eine Personal Firewall am Arbeitsplatz oder eine zentrale Firewall in einem Netzwerk-/DSL-Router.
5. Schirmen Sie alle Rechner mit Antivirenprogrammen ab. Internetdaten (Web, Mail) sollten zentral über einen Server geleitet und dort geprüft werden. Aktualisieren Sie die Virendatenbanken täglich!
6. Installieren Sie Sicherheitsaktualisierungen sofort, vor allem für Betriebssysteme, Browser, E-Mail-Programme und Office-Anwendungen.
7. Sichern Sie alle wichtigen Daten regelmäßig. Prüfen Sie außerdem, ob die Sicherungskopien funktionsfähig sind.
8. Schützen Sie alle IT-Systeme gegen Überhitzung, Feuer, Wasserschäden, Stromausfall und Diebstahl.
9. Schulen Sie Ihre Mitarbeiter regelmäßig.
10. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Prüfen Sie die IT-Sicherheit: Werden Kennwörter gewechselt? Sind nur zulässige Anwendungen installiert?





Über Mobile-Business-Programme ist der Außendienst eines Unternehmens gut mit der Zentrale vernetzt, Geschäftsprozesse werden beschleunigt

## Der Mittelstand wird mobil

**Die Mobilisierung der Geschäftsprozesse wird mehr und mehr auch für mittlere Unternehmen zum Thema**

„Enterprise Mobility“ oder „Mobile Business“ sind Begriffe, die die IT-Verantwortlichen in großen Konzernen schon seit einiger Zeit umtreiben. Mittlerweile sind diese Schlagwörter auch im Mittelstand angekommen. „Es sind nicht mehr nur noch die Großunternehmen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Auch viele Mittelständler haben erkannt, dass sie mit der Mobilisierung von Geschäftsprozessen enorme Effizienzgewinne realisieren können“, sagt Key Pousttchi, Leiter der Arbeitsgruppe Mobile Commerce am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und Systems Engineering der Universität Augsburg.

Pousttchi hält zum Beispiel die mobile Vertriebsunterstützung für ein Feld, das auch für mittlere Unternehmen interessant sein kann. „Die Steuerung von Außendienstmitarbeitern ist immer ein geeigneter Ansatzpunkt, das gilt nicht nur für den Vertrieb, sondern auch für Service-Techniker, die Wartungen und Reparaturen durchführen.“ Die Lösungen, die von der IT-Industrie angeboten werden, sehen vor, alle Außendienstmitarbeiter mit Taschen-

oder Tablet-Computern auszustatten. Mit diesen Endgeräten werden sie an eine zentrale Unternehmenssoftware angebunden. Wenn sie Reparatur- oder Wartungsdienste für Kunden erbringen, können sie unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeiten selbst elektronisch die Daten für die Rechnungsstellung – die geleisteten Stunden und verbrauchten Ersatzteile – an die Unternehmenszentrale senden.

„Das ist ein Riesenvorteil“, erklärt Pousttchi. „Die Gefahr fehlerhafter Dateneingaben sinkt, und die Rechnungen können viel schneller versandfähig gemacht werden.“ Zudem verfügen die Service-Techniker jetzt selbst über alle Daten, die sie für Reparaturen und für Wartungen benötigen, auf ihrem PDA und können die Arbeiten zügiger abschließen. „Das führt dazu, dass sich die Investitionen oft sehr schnell amortisiert haben“, so der Wissenschaftler, der einmal im Jahr die Branchenkonferenz MCTA (Mobile Commerce Technologien und Anwendungen) initiiert.

Derzeit sind vor allem die hohen Anfangskosten und beschränkte personelle Res-

ourcen im Bereich IT die größten Barrieren für Klein- und Mittelbetriebe. Rainer Brenk-Ortolf, Leiter des Fachbereichs Mobile Business bei der IT-Beratungsgesellschaft Begis in Düsseldorf, sieht aber Entwicklungen, die dem Mittelstand den Einstieg erleichtern werden. „Die Einstiegspreise sinken, und es werden immer mehr Lösungen speziell für den mittelständischen Bereich angeboten werden“, sagt Brenk-Ortolf. Schon jetzt gibt es Lösungen für Handwerker, die Fenster elektronisch abmessen und die Daten automatisch in ein zentrales System zur Weiterverarbeitung senden. Begis ist auf die Themen Facility Management und Instandhaltung spezialisiert. „Bei Wohnungsabnahmen und Hausmeisterdiensten stellen mobile Lösungen bereits einen immensen Zeit- und Kostenvorteil dar“, so Brenk-Ortolf. Und Stadtwerke, die der Begis-Berater auch der mittelständischen Wirtschaft zurechnet, würden zum Teil schon mit großem Erfolg mobile Lösungen für Wartungs- und Inspektionsarbeiten einsetzen. „Das steigert die Qualität der Service-Arbeiten, senkt die Kosten und reduziert ungeplante Ausfälle der Anlagen.“

Mittelständler, die glauben, den Schritt ins Mobile Business noch nicht gehen zu können, sollten sich aber trotzdem schon einmal mit den Vorteilen der mobilen Welt befassen, meint Pousttchi. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Mobilisierung der Geschäftsprozesse auch im Mittelstand auf breiterer Basis zur Anwendung kommen wird“, so der Mobile-Experte. „Und schon mit einfachen Mitteln könnten Unternehmer heute ein Gefühl für die Möglichkeiten entwickeln.“ „Es reicht schon im ersten Schritt, die Außendienstmitarbeiter im Vertrieb mit Notebook und UMTS-Stick auszustatten, um ein Gefühl für den Vorteil der Datenverfügbarkeit vor Ort zu bekommen“, so Pousttchi. Der Wissenschaftler nennt das noch nicht „Enterprise Mobility“ sondern „Nomadic Computing“. „Aber mitunter ist das gar nicht so weit auseinander“, macht er den kleineren Firmen im Mittelstand Mut.

*Michael Gneuss*





## Rechtliche und steuerliche Fallstricke beim Unternehmertestament

Wegen der besonderen rechtlichen und steuerlichen Anforderungen an ein Unternehmertestament sind Firmeninhaber und –teilhaber gut beraten, Fachleute mit hinzuzuziehen

**An Unternehmer und Betriebsinhaber werden bei der Abfassung ihres letzten Willens ganz besondere Anforderungen gestellt. Schließlich gilt es nicht nur, durch die Bestimmung eines geeigneten Nachfolgers den Fortbestand des Unternehmens zu sichern, sondern auch, den Ehegatten oder „weichende Erben“ gerecht abzufinden oder zu versorgen.**

Hierbei, so weiß der Nürnberger Fachanwalt für Erb- und Steuerrecht, Dr. Norbert Gieseler, Vizepräsident der DANSEF Deutsche Anwalts-, Notar- und Steuerberatervereinigung für Erb- und Familienrecht, aus eigener beruflicher Erfahrung, werden seitens der Unternehmer häufig Fehler gemacht, die oftmals gravierende rechtliche und steuerliche Folgen haben können.

Ein häufig anzutreffender Fehler sei, dass die privaten und unternehmerischen Belange im Rahmen der Testamentsgestaltung nicht konsequent voneinander getrennt und mit etwa bestehenden Gesellschaftsverträgen abgestimmt werden. Dies, so betont Gieseler, könne u. U. sogar dazu führen, dass der im Testament eingesetzte Erbe die Erbschaft später nicht erhalte, weil der Gesellschaftsvertrag dazu etwas anderes vorsehe. Setze z. B. der Mitgesellschafter einer OHG im Testament seine Ehefrau als Alleinerbin ein, während im Gesellschaftsvertrag geregelt ist, dass als Nachfolger des Unternehmens nur ein Abkömmling in Betracht komme, so erbe die Ehefrau nicht etwa die Beteiligung an dem Unternehmen, sondern erhalte stattdessen nur eine deutlich unter dem Verkehrswert liegende Abfindung, da mit der Testamentssetzung den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag widersprochen wurde.

Aber auch das Kind, so Gieseler, würde in diesem Fall nicht die Geschäftsanteile erben, da es im Testament nicht als Erbe eingesetzt war. Stattdessen scheidet der verstorbene Gesellschafter durch Tod aus der Gesellschaft aus und die Beteiligung sei verloren.

### Gefahr der Zerschlagung

Desweiteren sollte bei Firmenvermögen grundsätzlich vermieden werden, mehrere Personen als Erben einzusetzen, die hiernach eine „Erbengemeinschaft“ bilden. Wichtige Entscheidungen könnten in diesem Fall nur noch gemeinsam durch alle Erben getroffen werden. Komme es zu Streit, oder sei einer der Erben daran interessiert, seine Mitbeteiligung ausgezahlt zu erhalten, bestehe in diesen Fällen immer auch die Gefahr der „Zerschlagung“ des Unternehmens, wenn einer der Miterben die Auflösung der Erbengemeinschaft verlangt. Es empfehle sich daher, grundsätzlich nur eine Person zum Nachfolger zu bestimmen. Sei dies nicht möglich, z. B. weil kein geeigneter Einzelnachfolger vorhanden sei, sollte das Testament bei einer Erbeinsetzung von mehreren Personen eine klare Teilungsanordnung enthalten.

### „Weichende Erben“

Ein weiteres Problem, so betont Gieseler, sei, dass sogenannte „weichende Erben“ im Testament häufig deutlich schlechter bedacht werden als der Nachfolger. Hier müsse darauf geachtet werden, dass das dem oder den weichenden Erben Zugeschante nicht weniger als die Hälfte ihres gesetzlichen Erbteils betrage, um der Gefahr der Erbausschlagung durch die so Benachteiligten vorzubeugen. Es bestünde die Gefahr, dass die weichenden Erben stattdessen ihren Pflichtteilsanspruch geltend machen, was dazu führe, dass die Berechtigten einen Geldanspruch in Höhe ihres Pflichtteils gegen den oder die Erben hätten, dessen Begleichung sodann aus „freiem Vermögen“ möglich sein müsse, da eine Entnahme aus dem Betriebsvermögen anderenfalls den Nachfolger u. U. in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen könnte.

Auch steuerlich sei einiges zu bedenken. So müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass das gesamte Betriebsvermögen auch nach dem Erbfall im Betrieb verbleibt. Umgekehrt dürfe Privatvermögen durch den Erbfall aber auch nicht zu Betriebsvermögen werden. Vor diesem Hintergrund empfahl Gieseler allen Inhabern oder Mitgesellschaftern von Unternehmen, testamentarische Regelungen nur nach vorheriger gründlicher rechtlicher und steuerlicher Prüfung vorzunehmen und Erbfolgeregelungen nicht „privat“ abzufassen.

## KONTROLLMITTEILUNGEN

# Steuersündern droht Ungemach

Nach der jüngsten Entscheidung des Bundesfinanzhofes (BFH) zum Bankgeheimnis müssen sich Steuerpflichtige auf eine härtere Gangart der Behörden einstellen. „Die Kontrollmitteilungen werden zunehmen“, steht für Klaus Küspert von der Beratergruppe Munkert, Kugler + Partner in Nürnberg fest. „Damit gelten mögliche Steuerstraftaten als entdeckt, und für eine Selbstanzeige ist es zu spät“, warnt der Rechtsanwalt und Steuerberater, der häufig mit Steuerhinterziehungsfragen konfrontiert wird. Der Hintergrund: Wurden Kontrollmitteilungen bisher nur im Rahmen von Außenprüfungen bei Privatpersonen oder Firmen erstellt, können sie nun auch von Bankenprüfern geschrieben werden.

Der BFH hat das deutsche Bankgeheimnis dahingehend aufgeweicht, dass er Kontrollmitteilungen anlässlich einer Bankenprüfung in zwei Fällen für zulässig erachtet (Urteil vom 9.12.08, Az.: VII R 47/07): - bei Zufallsfunden mit Verdacht auf Steuerhinterziehung - wenn hinreichender Anlass zur Aufklärung steuerlicher Sachverhalte gegeben ist. „Während die erste Alternative der bisherigen Praxis entspricht, ist der Begriff des ‚hinreichenden Anlasses‘ so schwammig, dass fiskalisch denkenden Prüfern Tür und Tor für eine Kontrollwelle geöffnet wird“, kritisiert Küspert. Aus Sicht der Rechtsprechung berührt ein „hinreichender Anlass“ indes nicht den Kernbestand des Bankgeheimnisses.

## „Gläserner Kunde“

Konkret setzt eine Kontrollmitteilung nach der neuen Rechtslage voraus, dass das aufgedeckte Geschäft auffällig oder ungewöhnlich ist. Oder es kann nachgewiesen werden, dass wahrscheinlich eine Steuerstraftat vorliegt. So muss der Fiskus, wenn mehrere Konten betroffen sind, zum Beispiel beweisen, dass er eine bewusste Auswahl getroffen hat, Wiederholungen vorliegen oder Hinweise vorhanden sind, die auf Unkorrektheiten hinweisen. Das Unangenehme an Kontrollmitteilungen: Kommt der Steuerprüfer, liegen diese Informationen bereits in der Akte der zu prüfenden Person oder Firma, ohne dass der Adressat etwas davon weiß. Seine Unterlagen werden dann ganz gezielt im Hinblick auf diese Informationen abgeglichen.

„Alles in allem ist das ein unbefriedigender Zustand, der das Schreckensbild des ‚gläsernen Kunden‘ weiter stützt“, kritisiert Küspert. Er befürchtet, dass sich die Rechtsprechung mit dieser Entscheidung möglicherweise einen Bären dienst erwiesen hat. Küspert: „Offensichtlich nehmen die Steuerhinterziehungsfälle jedoch so rasant zu, dass selbst die Rechtsprechung dazu neigt, den fiskalischen Zugriff zu erweitern.“

# DIE 5 HÄUFIGSTEN FEHLER

TEIL 3 UNSERER ZEHNTHEILIGEN SERIE

## Angebote im besten Licht

**Jedes Kapitel der Marketing-Attacke bietet zehn ganz konkrete Tipps im Checklisten-Charakter. An den Kapitel-Enden haben die Fachautoren fünf häufige Fehler für ihr Thema aufgelistet, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Mit einem Augenzwinkern verstärkt die Fehlerübersicht die Kapitelinhalte und erinnert immer wieder sanft daran, kritisch zu prüfen.**

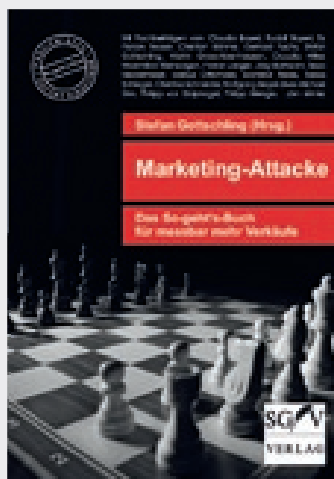
- **Vom Produkt her denken:** Niemand braucht heute mehr irgendetwas. Wir kaufen nicht die Produkteigenschaften, sondern die Aussicht, dadurch besser, schöner, freier, angesehener zu werden. Decken Sie diese Funktion Ihrer Produkte auf!

- **Den Kunden die Arbeit machen lassen:** Dass Kunden gerne über Produkte diskutieren, darf nicht zu Nachlässigkeit bei der Werbung führen. Die Menschen glauben Werbung nicht mehr wie früher. Aber sie glauben schlechten Werbern noch viel weniger.

- **Masse statt Klasse:** E-Mail-Werbung kostet nichts – trotzdem steigt oder sinkt mit jeder Mail der Wert, den Ihr Unternehmen für die Kunden hat. Stellen Sie sich vor, Sie müssten jede E-Mail mit 10 Cent frankieren: Was würden Sie ändern?

## Fehler, die Sie vermeiden sollten

- **Ein Katalog ohne Seele:** Heute gibt es jedes Produkt irgendwo billiger. Die Menschen kaufen nicht mehr nur ein Produkt, sondern die Begeisterung, die der Händler für sein Thema hat. Was ist Ihre Mission?
- **Gleichmacherei:** Keine zwei Produkte im Katalog sind gleich. Dasselbe gilt für die Kunden. Investieren Sie mehr in Produkte und Kunden, die für Ihr Geschäft besonders wichtig sind.



Aus: „Marketing Attacke“,  
Verlag SGV,  
ISBN 978-3-9811027-4-1

## RECHT IM GESPRÄCH



**Wolf-Dietrich Bartsch,**  
Rechtsanwalt und Notar,  
stellt sich den Fragen unserer Leser

*Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.*

*Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.*

**Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

**Verschiedentlich haben wir an dieser Stelle über die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und anderer Gerichte zur Grundbuchfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) berichtet. Es gab immer wieder neue Entscheidungen, und es ging ständig hin und her. Zu Recht bekommen wir Hinweise unserer Leser, was denn nun tatsächlich gilt.**

Jetzt endlich hat der Gesetzgeber durch ein Gesetz noch vor Ende der Legislaturperiode Klarheit geschaffen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass der Name des Gesetzes „besonders gelungen“ erscheint. Er lautet: „Gesetz zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Grundbuchverfahren sowie zur Änderung weiterer grundbuch-, register- und kostenrechtlicher Vorschriften (ERVGBG)“.

Mit diesen Vorschriften stellt der Gesetzgeber unter Berücksichtigung der weiterentwickelten Rechtsprechung fest: Die GbR ist gründerwerbsfähig und auch grundbuchfähig. Eine GbR kann damit nicht nur Grundbesitz erwerben. Sie kann auch als Eigentümerin mit ihrem Gesellschaftsnamen im Grundbuch eingetragen werden.

Diese Eintragung wird vom Gesetzgeber detailliert geregelt. Es reicht nicht aus, dass nur der Name der GbR Erwähnung findet. Vielmehr sind auch die Gesellschafter der GbR als Berechtigte mit einzutragen. Es gibt damit einen Gleichlauf zwischen der Eintragung einer GbR als Kommanditistin im Handelsregister und der Eintragung der GbR im Grundbuch. Diese neue gesetzliche Regelung schafft damit wieder die notwendige Sicherheit im Grundbuchrecht und vermeidet unnötige Zweifel an der Identität einer bloß mit ihrem Namen eingetragenen GbR. Das kann nur begrüßt werden.

**Eine ganz andere Frage beschäftigt unsere Leserin Marion J. In Ihrem Bekanntenkreis hatte ein geschäftsführender Gesellschafter seiner Ehefrau eine Vollmacht für sein Konto gegeben. Die Vollmacht lief über den Tod hinaus und sollte eine finanzielle Absicherung der Ehefrau darstellen. Tatsächlich endete der Familienfrieden nach dem Tod des Unternehmers in einer großen erbrechtlichen Auseinandersetzung.**

Unsere Leserin möchte wissen, ob solche Vollmachten für die finanzielle Absicherung der Ehegatten überhaupt geeignet sind. Hierzu ist erst einmal auszuführen, dass natürlich eine Vollmacht ein wichtiges Regelinstrument ist, um z.B. im Krankheits- oder Pflegefall Bankgeschäfte weiter tätigen zu können. In einem gewissen Grade ist es so möglich, die Familie abzusichern.

Eine postmortale Vollmacht, die also auch über den Tod hinaus gilt, berechtigt allerdings nicht dazu, Anweisungen an die Erben zu geben oder sogar einen gesamten Kontostand auf ein anderes Konto zu übertragen. Eine solche Vollmacht kann durch die Erben im übrigen sofort nach dem Tode widerrufen werden. Sie ist in einem solchen Fall völlig wertlos und führt zu unnötigem Streit über den mutmaßlichen Willen des Erblassers.

Eine Vollmacht kann daher immer nur eine Übergangslösung sein. Wer eine richtige und auch rechtssichere Absicherung seines Ehegatten oder seiner Vertrauensperson wünscht, sollte hierfür neben einer Vollmacht auch ein entsprechende erbrechtliche Regelung treffen. Dies kann ein Testament oder ein Erbvertrag sein, an dem alle betroffenen Familienangehörigen mitwirken. Gerade das Zusammenspiel zwischen unternehmerischer Tätigkeit und Nachlassregelung erfordert in fast allen Fällen eine notarielle Beratung, damit Familie und Firma im Fall des Falles nicht in Schiefelage geraten.



## ERHARD-ZITATE

Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten.

\*

Um es deutlich zu sagen – die Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen selbst. Es ist beispielsweise in höchstem Maße widerspruchsvoll, wenn der Staatsbürger über die unerträgliche Höhe der Steuerlast klagt, gleichzeitig aber vom Staate Hilfen erwartet, die diesem das moralische Recht geben, noch immer höhere Steuern einzuheben. Das gilt für die staatlichen Investitionshilfen, für die staatlichen Kreditgewährungen und für alle Arten staatlicher Subventionen.

\*

Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.

\*

Die Politik hat alle Lebensbereiche einzuschließen. Und je besser sie das zu besorgen vermag, desto friedlicher wird die Welt geordnet und in ihr die Menschen verbunden sein.

\*

Auch von der Politik her drohen wir auf eine falsche Bahn zu geraten, wenn wir den Wohlfahrtsstaat immer mehr perfektionieren wollen, dabei aber die menschlichen Beziehungen und Verantwortungen innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft gar vollends veröden lassen.

\*

Es gilt aber, einen Anfang zu machen, einen sichtbaren Beweis dafür zu liefern, dass wir willens sind, nicht nur kühne Aspekte zu eröffnen, sondern auch praktische Wege zu weisen.

*Quelle: „Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.“ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8*

**Schreiben Sie uns: [rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)**



## AKTUELLE URTEILE

**Baby-Kosten und Babys kosten**

OLG Koblenz; Urteil vom 12.05.2009;  
11 UF 24/09

Nach der Trennung muss ein Elternteil das Kind versorgen und der andere zahlt Barunterhalt. Wird das Kind aber erst nach der Trennung geboren, so kommt auf den betreuenden Elternteil zunächst erhöhte Kosten für die Erstausrüstung eines Säuglings zu. Diese können dann als Sonderbedarf unterhaltsrechtlich geltend gemacht werden.

Doch wie viel darf eine solche „Erstausrüstung“ tatsächlich kosten? Das Oberlandesgericht Koblenz hatte diese schwierige Frage zu entscheiden. Die Mutter verlangte vom Vater des Kindes nahezu 5.500,00 €. Der Vater wollte nicht einmal 1.000,00 € zahlen. In der ersten Instanz waren der Mutter 2.268,00 € zugesprochen worden. Das OLG ging sämtliche geltend gemachten Positionen im Einzelnen durch. Es erzog auch die „Babypauschale der Hansestadt Hamburg“, die einen Satz von 500,00 € für angemessen erachtet. Letztendlich sprach das OLG der Mutter einen pauschalen Betrag von 1.000,00 € zu. Wer mehr beanspruchen möchte, muss überdurchschnittliche finanzielle Verhältnisse darlegen.

**Pflegen und Wohnen**

BVerwG; Beschluss vom 13.07.2009;  
4 B 44/09

Reine Wohngebiete sind besonders geschützt. Nur ausnahmsweise sind nach § 3 III Nr. 2 BauNVO Anlagen für soziale Zwecke und den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke zuzulassen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte zu entscheiden, ob ein Pflegedienst, der neben der Verwaltung in seinen Räumen auch Betreuungsleistungen erbringt, in einem reinen Wohngebiet tätig sein darf. Der Pflegedienst hatte in seinem Haus neben Büroräumen auch Ruhe- und Therapieräume, die als Anlaufstelle für Betroffene und Angehörige dienen.

Das BVerwG ordnete den Pflegedienst den Anlagen für soziale Zwecke zu. Die Nachbarklage gegen den Dienst blieb erfolglos. Aber Achtung: Ist nur die Verwaltung in dem Gebäude ansässig, wäre das in einem reinen Wohngebiet nicht zulässig. Nur durch die Ausdehnung der Tätigkeit und den pflegerischen Dienst in den eigenen Räumen wird die Zulässigkeit des Vorhabens erreicht.

## Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

**Eigenmacht führt zu Abschleppkosten**

BGH; Urteil vom 05.06.2009; V ZR 144/08

Auf einem Privatparkplatz waren Schilder aufgestellt, die den Kunden eines Supermarktes das Parken zu bestimmten Zeiten erlaubten. Ein weiteres Symbol wies auf die Höchstparkdauer hin. Das Schild „Widerrechtlich abgestellte Fahrzeuge werden kostenpflichtig abgeschleppt“ zeigte unmissverständlich die Konsequenzen falschen Handelns auf.

Das Fahrzeug des Klägers wurde abgeschleppt, nachdem er die Höchstparkdauer überschritten hatte. Er musste das Fahrzeug beim Abschleppunternehmer auslösen und klagt nun auf Ersatz der Kosten gegen den Eigentümer des Grundstücks. Seine Klage blieb im Wesentlichen und durch alle Instanzen erfolglos.

Der Bundesgerichtshof stellt klar, dass es verbotene Eigenmacht ist, wenn jemand seinen PKW unbefugt auf einem Privatgrundstück abstellt. Einer solchen Eigenmacht darf sich der Grundstücksbesitzer durch das Abschleppen des Fahrzeugs erwehren. Die dadurch entstehenden Abschleppkosten kann der Parkplatzbesitzer als Schadensersatz vom Fahrzeugführer verlangen.

**Kein Urlaub – dann krank**

BAG; Urteil vom 12.03.2009; 2 AZR 251/07

Nicht immer besteht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Einigkeit über den richtigen Zeitpunkt, zu dem Urlaub genommen werden darf. Das Bundesarbeitsgericht hatte sich jetzt mit einem solchen Fall zu befassen. Der Arbeitnehmer bevorzugte einen „Brückentag“, der Arbeitgeber wies mit Hinweis auf fristgebundene Arbeiten den Urlaubsantrag

zurück. Der Arbeitnehmer legte seinem Chef noch am gleichen Tag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor, die den „Brückentag“ einschloss. Streitig blieb bei Gericht, ob der Arbeitnehmer vorher die plötzliche Erkrankung angedroht hatte. Jedenfalls kündigte der Arbeitgeber fristlos.

Die angedrohte Erkrankung nach der Zurückweisung eines Urlaubsantrags ist anerkanntermaßen ein wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung. Das gilt sogar, wenn der Arbeitnehmer später tatsächlich krank wird. Das BAG musste sich hier aber mit der Frage beschäftigen, ob der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Urlaubsantrags schon krank war. Dann soll das Vertrauensverhältnis nicht so gestört sein, dass automatisch eine fristlose Kündigung begründet ist. Die Beweislast für die Erkrankung und den Zeitpunkt der Erkrankung trägt allerdings der Arbeitnehmer. Die entscheidenden Tatsachen sollen nun vor dem zuständigen Landesarbeitsgericht geklärt werden.

**Von Pflichten und Ansprüchen  
des Geschäftsführers**

BGH; Urteil vom 22.06.2009; II ZR 143/08

Ein Geschäftsführer genießt normalerweise das Vertrauen der Gesellschafter. Nicht selten hat er Einzelvollmacht und ist auch von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Stellt sich dann heraus, dass der Geschäftsführer in nicht unerheblichem Umfang Zahlungen der Gesellschaft an sich selbst geleistet hat, gilt sehr schnell der Grundsatz „Bei Geld hört die Freundschaft auf“.

Der Bundesgerichtshof musste in einem Fall entscheiden, in dem der Geschäftsführer im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden noch Darlehensrückzahlungen, Gehaltszahlungen und Schadensersatz an sich selbst ausgekehrt hat. Die ersten Instanzen wiesen die Klage der Gesellschaft auf Rückzahlung mangels ausreichender Darlegung eines Schadens ganz überwiegend ab. Dem folgte der BGH nicht. Die Gesellschaft hatte ihre Ansprüche auch auf § 43 II GmbHG gestützt. Die Gesellschaft muss danach nur darlegen und beweisen, dass ihr durch ein möglicherweise pflichtwidriges Verhalten des Geschäftsführers ein Schaden entstanden ist. Der Geschäftsführer muss dagegen darlegen und beweisen, dass er die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters angewandt hat. Dazu wird er nun nach Zurückweisung in die Berufungsinstanz Gelegenheit haben.



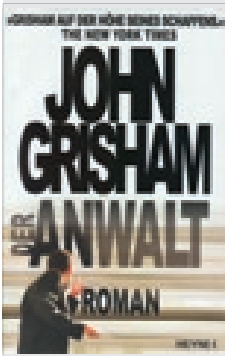
**Anti-Alzheimer-Buch**

Förstl/ Kleinschmidt  
Geb., 224 S., 17,95 Euro  
Kösel Verlag, ISBN 978-3-466-30814-9

„Ängste, Fakten, Präventionsmöglichkeiten“ lautet der Untertitel dieses Buches, das sich einer Krankheit widmet, vor der viele noch den Kopf in den Sand stecken, die aber durch die alternde Gesellschaft längst zu einem Politikum geworden ist. Letzteres erst wohl dadurch, dass Alzheimer-Kranke und Demente wohl auch in den ersten Politiker-Familien vorkommen. Eine erste zaghafte und halbherzige Gesetzesänderung in der Pflegeversicherung kann das Problem nicht aufhalten: Denn die zu Demenzerkrankungen führenden Veränderungen im Gehirn beginnen nicht erst in späten Jahren ...

**Der Anwalt**

John Grisham  
Buch: Geb., 448 S., 21,95 Euro  
Heyne, ISBN 978-3-453-26615-5  
Audio-CD: besprochen von Charles Brauer,  
24,95 Euro, ISBN 978-3-8371-0132-4



Warum nicht mal ein Krimi auf dieser ansonsten so wirtschaftslastigen Bücherseite? Schließlich möchte man auch mal eine Empfehlung für ein Buch lesen, das man als Bettlektüre wählen möchte. Und da verspricht der amerikanische

Autor Grisham anspruchsvolle Spannung pur. So viel sei verraten: Dem Romanhelden steht eine glänzende Karriere als Jurist bevor, bis ihn die Vergangenheit einholt. Was dann folgt, ist ein Thriller um Macht, Korruption und eine Welt, der jegliche Moral abhanden gekommen ist...

**Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft**

Geb., 344 S., 34,90 Euro  
Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-41504-1

Entscheidend für die Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit von Unternehmen ist eine exzellente Dienstleistungskompetenz. Damit sich Deutschland zu einer Nation entwickelt, in der Service groß ge-

**BÜCHER**

schrieben wird, hat das Fraunhofer-Institut ein Projekt ins Leben gerufen zur Erfassung der Dienstleistungen, Themen und Trends in Forschung und Praxis. Das Buch erfasst den Stand dieser Arbeiten.

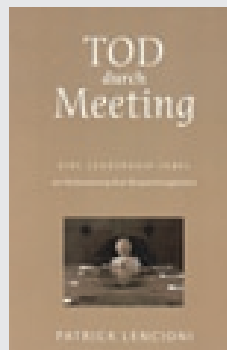
**99 Erfolgstitips für Ihre Kaltakquise**

Kartonierte, 176 S., 14,95 Euro  
Cornelsen Verlag,  
ISBN 978-3-589-23579-7

Für viele Verkäufer ist die Kaltakquise ein ungeliebtes Thema. Ihre Notwendigkeit wird zwar nicht angezweifelt, allein die Umsetzung fällt schwer. Die Autoren geben einen Überblick über Strategien und Methoden, denn Neukundenansprache ist mehr als der unmotivierte Griff zum Telefon. Praktische Tipps und konkrete Anregungen können zum Erfolg führen.

**Tod durch Meeting**

Patrick M. Lencioni  
Geb., 231 S., 22,90 Euro  
Wiley Verlag, ISBN 987-3-527-50465-7



Lassen Sie sich von dem Buchtitel nicht auf eine falsche Fährte locken: Es geht nicht um den Tod „beim“ Meeting, sondern „durch“ ein solches. Und diesen Tod haben schon viele Menschen durchlitten. Manche Menschen drücken sich vor Meetings

mit dem etwas drastischen, aber nachvollziehbaren Spruch: „Ich werde nicht für meinen Arsch bezahlt, sondern für meinen Kopf!“ Der Autor bietet ein Heilmittel gegen schlechte Meetings und erläutert auf 231 Seiten, wie Meetings von einer nervenaufreibenden Angelegenheit zu fesselnden Ereignissen werden können ...

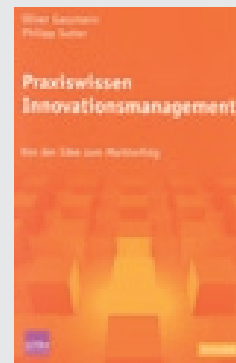
**Die Entscheider-Bibel**

Kai-Jürgen Lietz  
Gebunden, 380 S., 29,90 Euro  
Hanser Verlag,  
ISBN 978-3-446-41654-3

Manager und Unternehmer wissen: Schlechte Entscheidungen kosten richtig Geld. Trotzdem fehlt den meisten Entscheidungen eine gute Vorbereitung. In seinem ersten Buch hat der Coach die 15 wichtigsten Entscheidungsfallen dargestellt – und gezeigt, wie man sie vermeidet. Dieses Buch geht einen Schritt weiter: Es bietet dem Leser ein wirklich umfassendes Wissen, wie er alle seine Entscheidungen auf eine solide Grundlage stellen kann. So lassen sich teure Fehlinvestitionen vermeiden.

**Praxiswissen Innovationsmanagement**

Gebunden, 352 S., 39,90 Euro  
Carl Hanser Verlag,  
ISBN 978-3-446-41481-5



Innovative Unternehmen wachsen überproportional und sind profitabler als ihre Wettbewerber. Zudem sind innovative Unternehmen Wiederholungs-täter: Apple zeigt, dass es regelmäßig sich und seine Produkte neu erfinden kann. Gleichzeitig scheitern viele Innovationsprojekte: Zu lange Entwicklungszeiten, überzogene Kosten, heroischer Aktionismus am Projektende führen zu technisch nicht ausgereiften Produkten. Wie dies vermieden werden kann, das zeigt dieses Buch.

# Auf dem Weg zur kulinarischen Oberliga

## 23. SCHLESWIG-HOLSTEIN GOURMET FESTIVAL

Im Jahr 1987 blitzten über sechs schleswig-holsteinischen Restaurants insgesamt sieben der begehrten Sterne des Restaurantführers Michelin. Heute dürfen sich rund 50 gastronomische Betriebe zur Oberliga im Land zwischen Nord- und Ostsee zählen, in dem über 2,8 Millionen Bürger wohnen. Der anhaltende Feinschmecker-Tourismus, nicht zuletzt vom ‚Schleswig-Holstein Gourmet Festival‘ angefacht, gibt dem Bestreben nach kulinarischer Vollendung neue Impulse.

Jenes Festival, in Qualität und Quantität bisher deutschlandweit unerreicht, blickt auf eine sehr erfolgreiche 23-jährige Geschichte zurück. In der kürzlich begonnenen neuen Saison zählen 15 Betriebe aus allen Gegenden des meerumschlingenen Landes zur Kooperation. Die Kooperations-Mitglieder organisieren, abgekoppelt vom Musikfestival, ihr

eigenes Fest der Genüsse im Herbst und Winter mit der Grundidee:

- ☞ dem kulinarischen Leben zwischen Ahrensburg und Sylt frischen Wind einzuhauchen
- ☞ den Tourismus in der umsatzschwächeren Zeit anzukurbeln
- ☞ den Mitarbeitern der Mitgliedsbetriebe das handwerkliche Können der Gastköche anschaulich zu vermitteln
- ☞ Schleswig-Holstein als Feinschmecker-Bundesland zu etablieren und neue Gästekreise an die Mitgliedsbetriebe zu binden.

Das Konzept ist in allen Punkten erfolgreich gelungen. In der Ausgabe des Michelin 2009 wurden zehn Betriebe mit insgesamt zwölf Sternen ausgezeichnet. In den letzten Jahren entwickelte sich eine exzellente Restaurantlandschaft im

nördlichsten Bundesland, deren hervorragender Ruf bis über die Grenzen Deutschlands hinausreicht.



Gastköche wie **Dieter Müller** (Schloss Lerbach) verleihen dem Schleswig-Holstein Gourmet Festival Glanz.

Auch in dieser Saison kann das Festival mit bekannten Herd-Artisten glänzen, unter ihnen zum Beispiel Harald Wohlfahrt, Dieter Müller oder Thomas Martin.

### Hier die verbliebenen Termine:

Termine	Mitgliedshäuser	Gastköche
Sa. 7. + So. 8.11.2009	<b>Hotel &amp; Restaurant Seeblick</b> Strunwai 13, 25946 Norddorf/Amrum	<b>Franz Feckl</b> Landhaus Feckl, Ehningen
So. 8. + Mo. 9.11.2009	<b>Heinsens Ellerbek</b> Hauptstraße 1, 25474 Ellerbek	<b>Achim Schwekendiek</b> Schlosshotel Münchhausen, Bergisch-Gladbach
So. 15.11. + Mo. 16.11.09	<b>Hotel und Restaurant Stolz</b> Markt 24, 24306 Plön	<b>Christian Bind</b> Restaurant Bind, Sønderhav, Dänemark
So. 22.+ Mo. 23.11.2009	<b>COLUMBIA Hotel Casino</b> Kaiserallee 2, 23570 Lübeck -Travemünde	<b>Dieter Müller</b> Schloss Lerbach, Bergisch-Gladbach
Tour de Gourmet Jeunesse Sonntag 6.12.2009	<b>Ahrensburg, Bad Segeberg, Travemünde</b>	<b>Marcus Spiller, Heiko Zimmat Kevin Fehling</b>
Sa. 23. + So. 24.01.2010	<b>Schiffergesellschaft Lübeck</b> Breite Straße 2, 23552 Lübeck	<b>Paul Urchs</b> Der Alpenhof, Bayrischzell
So. 24. + Mo. 25.01.2010	<b>Park Hotel Ahrensburg</b> Lübecker Straße 10a, 22926 Ahrensburg	<b>Michael Hoffmann</b> Restaurant Margaux, Berlin
Fr. 29. +Sa. 30.01.2010	<b>Parkhotel Kieler Kaufmann</b> Niemannsweg 102, 24105 Kiel	<b>Benedikt Faust</b> Romantik - Hotel Zum Stern, Bad Hersfeld
So. 7. + Mo. 8.2.2010	<b>VITALIA Seehotel</b> Am Kurpark 3, 23795 Bad Segeberg	<b>Frank Buchholz</b> Restaurant Buchholz, Mainz
Fr. 12. + Sa. 13.02.2010	<b>Waldschlösschen Schleswig</b> Kolonnenweg 152, 24837 Schleswig	<b>Henri Bach</b> Résidence, Essen-Kettwig
Fr. 12. + Sa. 13.02.10	<b>Holländische Stube</b> Am Mittelburgwall 24-26, 25840 Friedrichstadt	<b>Michael Kempf</b> The Mandala Hotel / Facil , Berlin
So. 28.02. + Mo. 1.03.2010	<b>Landhaus Gardels</b> Westerstraße 15-19, 25693 St. Michaelisdonn	<b>Alexander Schütz</b> Hotel Maximilian, Oberammergau

## Die Wirtschaftskompetenz der Union hat ein Gesicht

450 mittelständische Unternehmer, Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden und Vertreter aus Politik und Gesellschaft waren der Einladung der MIT Rheinland-Pfalz zu einem Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ins Gesellschaftshaus der BASF in Ludwigshafen gefolgt. In seiner Begrüßungsrede konnte der MIT-Landes-

vorsitzende Josef A. Geyer auch den Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller sowie die Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Prof. Maria Böhmer, MdB, begrüßen, die gemeinsam mit der MIT zu dem Treffen mit dem Wirtschaftsminister eingeladen hatte. Bundesminister zu Guttenberg überzeugte die Anwesenden mit klaren politischen Aussagen.



**Die Interessen des Mittelstands im Blick** (v.l.n.r.): Karl-Theodor zu Guttenberg, Maria Böhmer und Josef Geyer

## Trendwende in der Gesundheitspolitik

Am 27. September 2009 haben die Wähler auch über den zukünftigen Kurs der Gesundheitspolitik entschieden. Zu diesem Fazit kam der Vorsitzende des hessischen MIT-Arbeitskreises Gesundheit, Prof. Dr. med. Joachim Glaser. Die Wähler hätten sich gegen den Weg in die Staatsmedizin und stattdessen für die freie Arzt- und Versicherungswahl in einem funktionierenden, freiberuflich geprägten Versorgungssystem entschieden. Die von der linken Seite propagierte

Bürgerversicherung mit einheitlicher Zwangsversicherung für alle hätte mittelfristig eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Deutschland nach sich gezogen. Der Fuldaer MIT-Kreisvorsitzende Winfried Rippert bekräftigte diese Position. Denn gerade die Mitarbeiter mittelständischer Betriebe seien bemüht, sich um ihre Gesundheit persönlich zu kümmern und hätten wenig Fehlzeiten.

## KURSBESTIMMUNG DER BÜRGERLICHEN KOALITION

Im Rahmen einer Sondersitzung nach der Bundestagswahl hat sich der MIT-Bundesvorstand auf Kernforderungen für das Regierungshandeln der Koalition aus CDU/CSU und FDP verständigt. Am Ergebnis der Koalitionsverhandlungen lässt sich ablesen, inwieweit diese Forderungen verwirklicht wurden.

1. Entlastung der Bürger und Betriebe durch eine Einkommensteuerreform gemäß den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“, die Beseitigung der kalten Progression und eine klare Absage an Steuererhöhungen.
2. Entlastung des Mittelstands durch eine Korrektur der Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform, die Abschaffung der Gewerbesteuer und Einführung einer wirtschaftsbezogenen kommunalen Unternehmensteuer als reine Gewinnsteuer, die Verhinderung einer Kreditklemme im Mittelstand und die Überprüfung von Basel II auf seine prozyklische Wirkung.
3. Stärkung der Tarifautonomie und Ablehnung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns – stattdessen Mindesteinkommen als Kombination aus Lohn und staatlichen Ersatzleistungen.
4. Stabilisierung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge dauerhaft unter 40 %, u.a. durch Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialsystemen.
5. Keine Aufweichung der Rente mit 67, keine Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, Rücknahme der Eingriffe in die Rentenformel und flexiblere Gestaltung der steuerlichen Förderung privater Altersvorsorge.
6. Eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems durch Rückkehr zur individuellen Beitragshoheit der gesetzlichen Krankenkassen, die Zurückführung des Gesundheitsfonds, die Einführung einer Gesundheitsprämie und ein klares Bekenntnis zur leistungsfähigen privaten Krankenversicherung.
7. Schrittweise Umstellung der Umlagefinanzierung in der Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung und Vorrang für Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation vor Maßnahmen der Pflege.
8. Konsequente Fortsetzung des systematischen Bürokratieabbaus mit dem Netto-Abbauziel von 25 % aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten bis 2011 als ersten Schritt.
9. Breiter Energiemix, Bündelung aller energiepolitischen Kompetenzen im neu zugeschnittenen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke.
10. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch eine konsequente Aufgabenkritik, die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben und konsequente Einhaltung der vereinbarten Schuldenbremse.
11. Schaffung eines mittelstandsfreundlichen, ordnungspolitischen Rahmens für Finanzmarktgeschäfte und Finanzmarktprodukte auf nationaler und internationaler Ebene.



# Togo-Deutschland-Tour 2009



Hartmut Schauerte (3.v.l.) empfing die togolesischen Gäste im Bundeswirtschaftsministerium



Die Internationale Kommission der MIT hat sich unter Vorsitz von Frank Gotthardt (1.v.l.) konstituiert



Peter Harry Carstensen (2.v.r.) begrüßt die togolesische Delegation und Günther Kohl



MIT-Mitglied und Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Berndt Röder, MdHB, (1.v.l.) und Barbara Ahrons (2.v.l.) heißen Dodji Apevon und Jean Kissi in der Hansestadt willkommen

Auf Initiative des Vorsitzenden der Internationalen Kommission des MIT-Bundesvorstands, Frank Gotthardt, fand 2009 zum ersten Mal eine Togo-Deutschland-Tour der MIT statt. In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung lud die MIT den Parteivorsitzenden Kokon Dodji Apevon und den Generalsekretär Koffi Jean Joel Kissi der togolesischen Oppositionspartei CAR nach Deutschland ein. Die CAR-Partei setzt sich im westafrikanischen Togo für einen gewaltfreien demokratischen Wechsel, einen modernen Staat ohne Korruption sowie die Ausrichtung an der Sozialen Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild ein.

Auf zahlreichen Stationen quer durch Deutschland trafen die togolesischen Gäste und die MIT-Vertreter interessante Gesprächspartner. In Berlin wurde die Delegation durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Bundeskanzleramt und die CDU-Bundesgeschäftsstelle empfangen. Besonders beeindruckt waren die Delegationsteilnehmer von ihrem sehr aufschlussreichen Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium mit dem Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung und Staatssekretär Hartmut Schauerte, MdB. Im Anschluss wurde die Tour in Hamburg und Schleswig-Holstein fortgesetzt. Auf dem von Günther Kohl organisierten Programm standen u.a. ein Empfang im Hamburger Rathaus im Beisein der MIT-Landesvorsitzenden Barbara Ahrons MdHB, der Besuch beim Weltwirtschaftsinstitut in Kiel und das Treffen mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Bevor die togolesischen Gäste nach Hessen reisten, nahmen sie in Bonn an der konstituierenden Sitzung der Internationalen Kommission der MIT teil. Gemeinsam mit den Gästen wurde ein Positionspapier mit dem Titel „Die Soziale Marktwirtschaft als Kompass in der Entwicklungspolitik - Für eine ordnungspolitische Kehrtwende“ erarbeitet.

## Bildung im Dreiländereck

Der Freiburger Regierungspräsident Julian Würtenberger war zu Gast bei der MIT Freiburg und referierte zum Thema Konjunktorentwicklung und Bildung im Dreiländereck. Die Veranstaltung wurde vom MIT-Vorsitzenden in Freiburg, Franz Ritter, moderiert. Schwerpunktthemen des Abends waren die wirtschaftliche Entwicklung, sowie die demographische und schulische Entwicklung von jungen Menschen in der Region. In der anschließenden Diskussion erläuterte der Regierungspräsident, wie das Geld des Konjunkturpakets in der Region zielgenau eingesetzt wurde.

### AUS FEHLERN LERNEN

Die Finanzmarkt-, Banken- und Wirtschaftskrise beschäftigt die Mittelständler und die Junge Union gleichermaßen. Schließlich haben die Auswirkungen insbesondere die nachkommenden Generationen zu schultern, so Michael Darda, Vorsitzender der MIT Neukirchen-Vluyn und der MIT Niederrhein. Gemeinsam mit der Jungen Union Bezirk Niederrhein und ihrem Vorsitzenden Thomas Selders, hatte er zum 8. Politischen Frühstück eingeladen. Über 120 Gäste verfolgten die Ausführungen des Gastredners Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Er resümierte die Entstehungsfaktoren der Krise, die Verantwortlichkeit der Banken und den Einsatz staatlicher Hilfen in Deutschland. Breuer forderte ein besseres Krisenmanagement und verschärfte Risikostandards sowie eine bessere Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft.



## CSU-Generalsekretär Dobrindt bei der MU Niederbayern

Der niederbayerische Bezirksvorsitzende und stellvertretende Deggendorfer Landrat Peter Erl hatte die regionalen Abgeordneten und den CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, MdB, in das Passauer Land geholt, damit sie sich ein Bild über die Lage des Mittelstands in dieser Region machen. Die rund 20 Abgeordneten und Kommunalpolitiker, darunter die Bundestagsabgeordneten Dr. Andreas Scheuer, Barthl Kalb, die Landtagsabgeordneten Walter Taubenender und Landrat Franz Meyer, besuchten Betriebe in Grafenau und Vilshofen, bevor sie durch die Brauerei Arcobräu geführt wurden.

In der anschließenden Versammlung in der Schlosswirtschaft hob Dobrindt die positive Entwicklung dieser Region hervor. Eingehend auf den Länderfinanzausgleich, zeigte er auf, dass Bayern mit 150 Euro pro Kopf am meisten zahle, gefolgt von Hessen mit 137 Euro und Baden-Württemberg mit 81 Euro. Aus der Wirtschaftskrise werde man nur herauskommen, wenn man den Menschen mehr finanziellen Spielraum durch Steuersenkungen gebe. Die Bürgerinnen und Bürger müssten mehr Netto vom Brutto erhalten.

Erl bezog sich in seiner Rede auf Minister Karl Theodor zu Guttenberg, der den Mittelstand als „Herzkammer der Wirtschaft“ bezeichnete. Damit diese Herzkammer keinen Infarkt bekomme, müssten schnellstens die Rahmenbedingungen verbessert werden. Vor allem bräuchten wir Bürokratieabbau und steuerliche Entlastungen.



CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, MdB (Mitte), zapfte Bier für Barthl Kalb, MdB (r.) und Peter Erl (v.l.) sowie weitere Gäste

## Mit Sozialer Marktwirtschaft auf Höhe der Zeit?

In seinem Einführungsreferat ließ Prof. Dr. Alois Baumgartner keinen Zweifel daran, dass für ihn wirtschaftliches Tun in christlicher Verantwortung eingebettet sei. Er beleuchtete das Thema schwerpunktmäßig aus mittelständischer Sicht: Denn moralisches Handeln lasse sich in Inhaberbetrieben leichter umsetzen, als in fremdfinanzierten Großbetrieben. Hier könnten ethische Werte vererbt, vorgelebt und vermittelt werden mit entsprechender Ausstrahlung auf Mitarbeiter, Kunden und Geschäftspartner.

Von der Fairness gegenüber Mitbewerbern und Zulieferern, über korrekte Werbung, Produkthaftung und persönlicher Haftung, Schutz der Mitarbeiter, Gleichbehandlung von Mann und Frau bis hin zur Verantwortung für die Natur umfassten die Ausführungen Baumgartners alle denkbaren Bereiche, die ethisch verantwortliche Grundhaltungen erfordern. Bei dem Ziel, in Verantwortung für

alle Beteiligten die wirtschaftliche Ertragskraft eines Betriebes langfristig zu optimieren, stünden immer wieder wirtschaftliche Zwänge im Wege. Dennoch dürften dabei immaterielle nicht von materiellen überdeckt werden.

Anschließend diskutierten die drei Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf hohem Niveau und großer Sachlichkeit das Thema.

Mitveranstalter Hans Hammer, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats München, beendete den Abend mit seinem Schlusswort. Alle Anwesenden, darunter Dr. Michael Heut, LGF der MU Bayern, der bei Prof. Baumgartner promoviert hat, bedankten sich mit langem Applaus für eine außergewöhnlich gut gelungene Veranstaltung.



„Ethik im Wirtschaftsleben“ - zu diesem Thema diskutierten Hans-Peter Uhl, MdB (CSU), Herbert Frankenhäuser, MdB (CSU), Daniel Volk, MdB (FDP), Prof. Alois Baumgartner, Emeritus für Christliche Sozialethik, Katholisch-Theologische Fakultät der LMU München, kürzlich auf Einladung des Bezirksvorsitzenden der Mittelstandsunion München, Stadtrat Thomas Schmatz im vollbesetzten Saal des Platzl Hotels in München.

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

### Neuer Präsident des Europäischen

#### Wirtschaftssenats

Der stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, langjährige Vizepräsident des Europäischen Parlaments und MU-Landesvorstandsmitglied, Dr. Ingo Friedrich, wurde zum neuen Präsidenten des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS) gewählt. Er ist damit Nachfolger des früheren Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs, Prof. Dr. Bernhard Friedmann, der zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde. Der EWS ist ein überparteiliches und branchenübergreifendes europäisches Gremium erfolgreicher Unternehmen und Persönlichkeiten, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen politischen Entscheidungsträgern beratend zur Verfügung stellen.



Der neue EWS-Präsident Dr. Ingo Friedrich (links) mit seinem Vorgänger, dem neuen Ehrenpräsidenten Prof. Dr. Bernhard Friedmann

### Neuer Landesvorsitzender der MIT Mecklenburg-Vorpommern

Die Delegierten des 11. Landesmittelstandstages der MIT Mecklenburg-Vorpommern haben den Rechtsanwalt Dietrich Monstadt (Foto) einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 52jährige Schweriner tritt damit die Nachfolge von Mathias Stinnes an, der nicht wieder kandidierte. Monstadt, der bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis Ludwigslust-Schwerin direkt gewählt wurde, kündigte an, sich vorrangig um die Werbung neuer Mitglieder zu kümmern. Die Mitgliederzahl von 270 solle in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden. Gleichzeitig wolle er mehr Unternehmer dazu motivieren, sich politisch zu engagieren.



### MIT Mittelrhein

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung der MIT Mittelrhein wurde Raymund Witte (Foto) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Dr. Georg Kippels und Helmut Nowak. Der Bezirk Mittelrhein der MIT vertritt 1.800 Mittelständler im Bereich von Bonn bis Leverkusen und ist der drittgrößte Bezirk der MIT in Nordrhein-Westfalen. In einer kurzen Antrittsrede definierte Witte die MIT Mittelrhein „nicht als Plattform für hilfesuchende Mitglieder, sondern als Vertretung von selbstbewussten, erfolgreichen Mittelständlern“ und als „Sprachrohr des Mittelstandes in die Politik.“ Der langjährige Vorsitzende Hans-Günther Burgwinkel wurde per Akklamation zum Ehrenvorsitzenden ernannt.



### MIT Württemberg-Hohenzollern

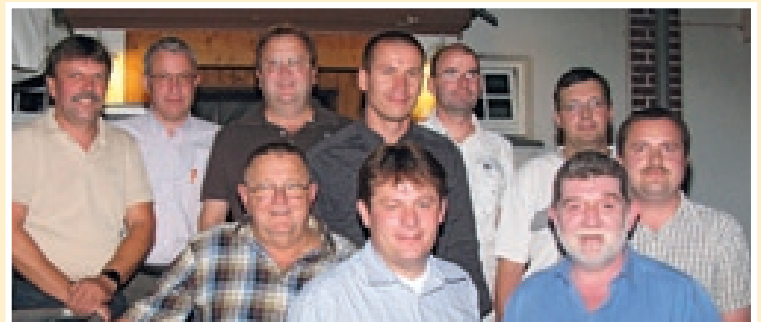
Beim MIT-Bezirksmittelstandstag Württemberg-Hohenzollern wurde die bisherige Bezirksvorsitzende Margarete Reiser in ihrem Amt bestätigt. Stellvertreter wurden Ursula Kowalewski, Kruno Zivkovic und Udo Glatthaar. Edeltraut Schüle erhielt als Schriftführerin und Adolf Knoll als Pressereferent die Mehrheit.



Margarete Reiser (4.v.l.) mit ihrem Team der MIT Württemberg-Hohenzollern (Foto: Knoll)

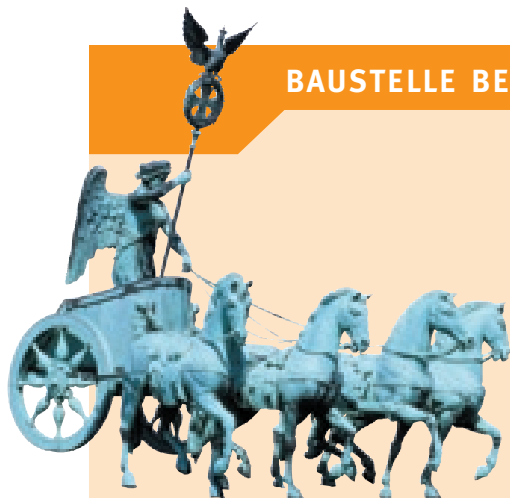
### MIT Wriezen- Barnim Oderbruch

Die MIT Märkisch-Oderland hat den Regionalverband Wriezen/Barnim Oderbruch gegründet. Vorsitzender des neuen Regionalverbandes ist Olaf Kaupat. Als Stellvertreter wurde Willi Auris und als Beisitzer Reiko Heinschke gewählt. Der MIT-Kreisvorsitzende und MIT-Bundesvorstandsmitglied Horst Tarnawski begrüßte die Neugründung: „Die Mittelständler müssen sich stärker in die politische Arbeit einbringen. Unterstützend und fordernd, so wie sich die MIT auch auf Landes- und Bundesebene engagiert.“



Horst Tarnawski gratulierte den Mitgliedern des Regionalverbandes Wriezen/ Barnim Oderbruch zur Neugründung.

## BAUSTELLE BERLIN



## Liebe MIT-Streiter,

hinter uns liegen die erfolgreich abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP, vor uns der alle zwei Jahre stattfindende MIT-Bundeskongress, diesmal in Berlin (6.-7.11.), u.a. mit einer Rede der Kanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden sowie Neuwahlen des Bundesvorstands. Dass der Wirtschaftsflügel der Union bei den Koalitionsverhandlungen nicht seine Wünsche 1 zu 1 würde durchsetzen können, war abzusehen. Entscheidend wird sein, inwieweit unsere Kernforderungen (siehe Seite 30) in nächster Zeit in das Regierungshandeln einfließen. Da dürfen wir nicht locker lassen.

Wenn wir unseren Bundeskongress im 20. Jahr der deutschen Wiedervereinigung schon in Berlin abhalten, so wollen wir selbstverständlich auch der damaligen Ereignisse in der deutschen Hauptstadt und in der ganzen ehemaligen DDR gedenken. Prominente Zeitzeugen werden an den Fall der Mauer und an die sich daran anschließende turbulente Zeit erinnern.

Erinnert hat sich auch ein Lehrer aus Frankfurt am Main: Unter dem Leitgedanken „Geschichte erfahren“ ist er mit seinen Abiturienten die ehemalige DDR-Grenzlinie zwischen Thüringen und Hessen per Rad abgefahren. Bei diesen Ortsbesichtigungen kamen auch immer wieder Zeitzeugen zu Wort – so z.B. ein DDR-Grenzer und ein „Republikflüchtling“, der durch die Werra in den freien Teil Deutschlands schwamm. Das Projekt hat mich so fasziniert, dass wir den Pädagogen zum Bundeskongress eingeladen haben, und er dort sein Projekt unseren Delegierten und Gästen vorstellen wird.

Wie nötig eine solche Art von Anschauungsunterricht an unseren Schulen ist, zeigt eine TV-Umfrage aus Anlass des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober. Die Fernsehleute

wollten von Jugendlichen wissen, was denn an diesem Tag vor 20 Jahren wiedervereinigt wurde. Als sich die Befragten gegenseitig rat-suchend anschauten und keine Antwort geben konnten, gab der Reporter Hilfestellung: a) Österreich, b) Schweiz oder c) Liechtenstein. Ein Schüler antwortete wie aus der Pistole geschossen: „Österreich!“ Ist das nicht erschreckend? Wundern uns bei soviel Geschichtslosigkeit noch die Wahlergebnisse der Linken? Wenn in großstädtischen Milieus sich ganze Abschlussklassen mehrheitlich dazu bekennen, die Linke gewählt zu haben, ist das ein Versagen von Schule, Elternhaus, Politik und Parteien. Wer z.B. jemals das ehemalige Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen besucht hat, der ist weitgehend davor gefeit, ehemalige Stasi-Knechte und – Zuträger in bundesdeutsche Parlamente zu wählen, wie jüngst in Brandenburg! In diesem Zusammenhang schmerzt es mich auch, dass der ehemals Bürgerbewegte Matthias Platzeck nun die ehemalige PDS in Brandenburg regierungsfähig macht.

Ich denke, wir müssen uns damit auseinandersetzen, das hat nichts mit „Rote-Socken-Kampagne“ oder einer „ewig gestrigen“ Geisteshaltung zu tun. Wir sind auf der Baustelle Berlin eben näher dran und begegnen dem alten Unrechtsstaat DDR hier auf Schritt und Tritt. Das ist auch keine Larmoyanz, wie die letzten Wahlen gezeigt haben. Denn wer bisher in Bremen, im Saarland oder in Schleswig-Holstein dachte, die SED-Nachfolgepartei sei ein Spezifikum der ostdeutschen Länder, hat sich schwer geirrt. Bei der Bundestagswahl erhielt die „Die Linke“ in den alten Bundesländern mehr Stimmen als in den neuen! Seitdem geht sie uns alle an.

Zu guter Letzt: Der Berliner SPD-Politiker und jetzige Bundesbank-Vorstand Sarrazin mag sich ja bei seinen Äußerung zur Integration türkischer Mitbürger im Ton vergriffen haben, aber offenbar hat er nach Meinung vieler Deutscher ins Schwarze getroffen! Warum gibt es nur so wenige Mutige, Freunde der klaren Aussprache, wie FJS zu sagen pflegte?

[baustelle@mittelstand-deutschland.de](mailto:baustelle@mittelstand-deutschland.de)

## DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin****Herausgeber**

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

**Verlag**

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Geschäftsführer Günter F. Kohl  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee  
Telefax: 04305 / 992 993  
E-Mail: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)  
[www.mitmagazin.com](http://www.mitmagazin.com)

**Chefredakteur**

Günter F. Kohl (G.K.)  
E-Mail: [gk@mitmagazin.com](mailto:gk@mitmagazin.com)

**Parlamentsredaktion**

Karl-Sebastian Schulte (kss)  
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25  
E-Mail: [kss@mitmagazin.com](mailto:kss@mitmagazin.com)

**MIT-Inside**

Astrid Jantz (aj)  
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22  
E-Mail: [jantz@mittelstand-deutschland.de](mailto:jantz@mittelstand-deutschland.de)

**Redaktion Recht**

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar  
[rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)

**Titelfoto**

Eine im Bau befindliche Doppeltrummelsiebanlage für Entsorgungsbetriebe und Landschaftsbau  
Foto: dpa/picture-alliance

**Anzeigen**

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee  
Brigitte Kohl  
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993  
E-Mail: [anzeigen@mitmagazin.com](mailto:anzeigen@mitmagazin.com)

**Anzeigenverkauf**

Verlagsvertretung Getz,  
Nielsen II, V, VII  
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09  
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,  
Nielsen III a, III b, IV  
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20  
MSM Medienservice Meins,  
Nielsen I, VI  
Telefon: 040 / 69 79 59 15, Fax 040 / 61 13 61 83

**Satz und Layout**

Walter Katofsky, Kiel  
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66  
E-Mail: [wk@mitmagazin.com](mailto:wk@mitmagazin.com)

**Druck**

Evers-Druck GmbH  
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

**Bezugsbedingungen**

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft  
zur Feststellung der  
Verbreitung von  
Werbeträgern e. V. (IVW)

**Auflage: 53.800 IVW geprüft**



## Immer mehr Kunden vertrauen uns

**M**it unserer Allfinanzstrategie sind wir seit über 30 Jahren erfolgreich. In dieser Zeit haben wir kontinuierlich neue Kunden gewonnen. Denn unsere Leistung überzeugt.

Wir bieten Ihnen persönliche Lösungen mit individuellen Produkten – rund um die Themen:

*Früher an  
Später denken!*



Deutsche  
Vermögensberatung

Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Baufinanzierung, Geldanlagen und Versicherungen.

Nutzen Sie Kompetenz und Erfahrung von über 35.000 Vermögensberatern für Ihren Lebensweg und Ihre Zukunft. Wie 5 Millionen zufriedene Kunden mit Ihnen.

Weitere Informationen unter:  
[www.dvag.com](http://www.dvag.com)



**JETZT  
TESTEN!**

[jobboerse.arbeitsagentur.de](http://jobboerse.arbeitsagentur.de)



## **DIE NEUE JOBBÖRSE: ENDLICH BENUTZERFREUNDLICH!**

**DEUTSCHLANDS GRÖSSTES JOBPORTAL IST JETZT VIEL EINFACHER.** Stellen Sie Ihre Angebote schnell und kostenlos ein. Finden Sie mit unserem innovativen Matchingtool den passenden Bewerber in kürzester Zeit. Nutzen Sie den Zugriff auf den gesamten Arbeitsmarkt. Und für viele weitere Leistungen steht Ihnen der Arbeitgeber-Service Ihrer Agentur für Arbeit persönlich und kompetent zur Seite. Am besten, Sie überzeugen sich einfach selbst auf [jobboerse.arbeitsagentur.de](http://jobboerse.arbeitsagentur.de)

**JOBBÖRSE** 

**JETZT EINFACH FÜR ALLE.**



**Bundesagentur für Arbeit**